



Protokoll

der 19. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 11. Juni 2025, um 15:30 Uhr

Vorsitz:	<i>Balz Herter, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär</i> <i>Sabine Canton, II. Ratssekretärin</i> <i>Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	Patrick Fischer (SVP), Jérôme Thiriet (Grüne), Bruno Lötscher (die Mitte/EVP), Pascal Pfister (SP), Seyit Erdogan (SP), Lukas Faesch (LDP), Gabriel Nigon (LDP), Silvia Schweizer (FDP).

Verhandlungsgegenstände:

24.	Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR	3
25.	Interpellation Nr. 41 Gabriel Nigon betreffend Stand der Planungen für eine vom Grossen Rat verlangte Publikumssporthalle, Schreiben des RR	3
26.1.	Motion Joël Thüning und Konsorten betreffend neues Massnahmenpaket Sauberkeit für ein sauberes Basel - die Zweite, Bericht des RR	3
27.	Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR	4
28.	Interpellation Nr. 35 Michela Seggiani betreffend Förderung von Diversity-Zielen durch Anreize, Schreiben des RR	10
29.	Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Masterplan Elektromobilität, Schreiben des RR	10
30.	Interpellation Nr. 47 Lukas Faesch betreffend Interpellation KI beendet das Ächzen über das Krächzen, Schreiben des RR	14
31.	Interpellation Nr. 55 Alex Dill betreffend Umbau und Erweiterung Fernheizkraftwerk Volta: sind die hohen Industriebauten und eine Brennstoffanlieferung per LKW quartierverträglich, Schreiben des RR	15
32.	Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Freilaufareale für Hunde, Schreiben des RR	16
33.	Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Schaffung eines ambulanten gerontopsychiatrischen Dienstes für Basel-Stadt, Schreiben des RR	18
34.	Interpellation Nr. 44 Oliver Bolliger betreffend Auslagerung der Margarethenklinik, Schreiben des RR	18
35.	Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend Vereinfachte Erweiterung der Restaurations-Aussenflächen zur COVID-Prävention (Gastro-Parklets), Bericht des RR	18
36.	Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend Eifachs Uusestuehle für d'Baize und für uns alli, Bericht des RR	19
37.	Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Begrünung der Innenstadt, Schreiben des RR	19
38.	Interpellation Nr. 48 Michael Hug betreffend die Aufhebung von Parkplätzen an der St. Jakobs-Strasse zugunsten eines Velostreifens – Kommunikation, Nacharbeiten und Auswirkungen auf das Quartier, Schreiben des RR	19
39.	Interpellation Nr. 53 Sasha Mazzotti betreffend der Begrünung Baselstrasse zwischen Tramstation Riehen Dorf und Fondation Beyeler, Schreiben des RR	19
40.	Interpellation Nr. 54 Alex Ebi betreffend Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung, Parkraumsituation im Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR	20
41.	Interpellation Nr. 57 Brigitta Gerber betreffend Ergebnisse der Vorstudie zum Bahnknoten Basel durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) und parl. Reaktionen – Fragen zum Herzstück, Schreiben des RR	21



42.	Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg, Stellungnahme des RR.....	22
43.	Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Förderung der freiwilligen C02-Reduktion, Schreiben des RR.....	23
44.	Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa, Schreiben des RR	25
45.	Interpellation Nr. 56 Raffaella Hanauer betreffend Umzug des Präsidialdepartements und allfälligen Chancen im Rathaus, Schreiben des RR.....	28
46.	Interpellation Nr. 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache, Schreiben des RR.....	28



Beginn der 19. Sitzung

Mittwoch, 11. Juni 2025, 15:01 Uhr

24. Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR

[11.06.25 15:01:06, 24.5278.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Ich entschuldige mich für die Verzögerung, die Abstimmungsanlage beziehungsweise das Controlpanel hat gerade nicht funktioniert. Jetzt sollte es aber laufen.

25. Interpellation Nr. 41 Gabriel Nigon betreffend Stand der Planungen für eine vom Grossen Rat verlangte Publikumsstorthalle, Schreiben des RR

[11.06.25 15:01:26, 25.5185.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellation wurde schriftlich beantwortet. Der Interpellant ist nicht anwesend. Die Interpellation ist somit erledigt.

26.1. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend neues Massnahmenpaket Sauberkeit für ein sauberes Basel - die Zweite, Bericht des RR

[11.06.25 15:01:54, 21.5645.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Bericht zum Massnahmenpaket zur Kenntnis zu nehmen und die Motion Joël Thüring und Konsorten als erfüllt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Sauberkeit in unserer Stadt ist ein wichtiges Thema, Littering hat negative Auswirkungen auf die Umwelt und es hat auch negative Auswirkungen auf die Kosten unserer Stadtreinigung. Es ist schlecht für das Image des Kantons und der Lebensqualität der Bevölkerung. Deshalb waren die Massnahmen und der Kampf gegen Littering immer auch schon das Ziel des Regierungsrates. Da wurde auch schon einiges getan in den letzten Jahren. Dies widerspiegelt sich auch in der Zufriedenheit der Bevölkerung im Bereich der Sauberkeit der Stadt. Die hat sich nämlich seit 2011 leicht verbessert. Heute ist ein grösserer Anteil sehr oder eher zufrieden mit der Sauberkeit in Basel-Stadt. Es sind dies fast 80 Prozent der Befragten.

Der Regierungsrat hat aber, wie er das immer tut und auch aufgrund der Motion Thüring, seine Strategie im Bereich des Litterings überarbeitet und aktualisiert. Sechs Handlungsfelder stehen im Fokus dieser Strategie. Es geht um die Vermeidung, die Entsorgung, die Sensibilisierung, die Repression, die Reinigung und die Organisation. Wir sprechen hier doch auch von Kosten, die es verursacht, nämlich von rund 9 Millionen Franken pro Jahr. Das sind die Kosten, um die Reinigung des Litterings zu vollziehen. Sie wissen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtreinigung leisten hier eine grosse Arbeit, auch sonntags, an den Wochenenden, um die negativen Auswirkungen des Litterings möglichst rasch zu beseitigen.

Wir möchten nicht hier investieren, denn da wird schon viel gemacht und da gibt es auch schon hohe Kosten mit diesen 9 Millionen Franken und die sollen sich gemäss Ziel des Regierungsrates im besten Fall senken, aber zumindest sich nicht



erhöhen. Deshalb sind hier und in dem Massnahmenpaket fokussierter auch auf die Bereiche Prävention und Repression. Präventionsangebote sollen gezielt eingesetzt werden, zum Beispiel Aschenbecher und Mistkübel dort ergänzen, wo sie auch wirklich gebraucht werden, denn das Programm der Abfallpädagog:innen möchten wir weiterführen und beibehalten und die bestehenden rechtlichen Vorgaben sollen konsequenter durchgesetzt werden, das heisst dort eingreifen, wo das Littering-Potenzial am grössten ist. Wir haben auch geschaut, wo es verwaltungsmässigen Verbesserungen in der Koordination gibt.

Im Bereich der Repression sollen zwei zusätzliche Vollzeitstellen im Bereich der Abfallkontrolle geschaffen werden. Diese sind im Amt für Umwelt und Energie angesiedelt und das gesamte Team der Abfallkontrolle soll in Zukunft auch das Fütterungsverbot bei den Tauben kontrollieren. Das ist eine Aufgabenerweiterung, was wir auch schon dargelegt haben in unserem Gegenvorschlag zur Stadtauben-Initiative.

Die Kosten finden Sie ausgeführt im Bericht, es sind 220'000 Franken pro Jahr. Das liegt in der Kompetenz des Regierungsrates. Das hat dieser beschlossen und deshalb müssen Sie heute diesen Bericht nur zur Kenntnis nehmen, weil wir kosteneffizient arbeiten und das innerhalb der Ausgabenkompetenz des Regierungsrates ermöglichen. Das ermöglicht neben dem Fütterungsverbot auch eine stärkere Präsenz auf der Strasse und ein direktes Ahnden von Littering. Die Polizei kann das auch, aber ja, die Polizei hat andere Sorgen im Hauptfokus und deshalb finden wir als Regierungsrat es richtig, dass hier die Kompetenzen der Apfelkontrolleurinnen und -kontrolleure erweitert werden. Und wir hoffen, dass dies auch durch die direkte individuelle Ansprache der Menschen die littern, einen Beitrag leistet, dass auch die soziale Kontrolle verstärkt wird und dass wir damit auch mehr Eigenverantwortung finden im Bereich der Stadtsauberkeit.

Der Regierungsrat möchte Sie bitten, diese neue Strategie, wie sie vorliegt, zur Kenntnis zu nehmen und die Motion entsprechend als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen und die Motion als erledigt abzuschreiben.

27. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[11.06.25 15:07:08, 24.5279.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Krankenkassenkosten sind eine grosse Herausforderung für alle Haushalte in unserem Kanton, insbesondere für Haushalte mit tiefen Einkommen. Wir haben auch in der Vergangenheit gesehen, dass es da zum Teil starke Anstiege gab, jährliche. In den letzten Jahren zwei Jahren konnten wir aber ein unterdurchschnittliches Wachstum im Kanton Basel-Stadt beobachten. Das ist erfreulich.

Hier ist sicher zu erwähnen die demografische Entwicklung. Diejenigen Kantone mit vielen Menschen in hohem Alter haben höhere Kosten, aber diese Differenz ist sich ja am Angleichen zwischen den Kantonen und das ist sicher ein wichtiger Grund, dass die Prämien weniger stark angestiegen sind. Andere Punkte sind das Angebot. Aber dazu möchte ich jetzt nicht näher eingehen, sondern wir sprechen heute über das Auffangen dieser Kosten, mit denen die Haushalte konfrontiert sind.

Der Kanton Basel-Stadt tut sehr viel in diesem Bereich. Er nimmt sehr viel Geld in die Hand für die Prämienverbilligungen. Für Menschen in der Sozialhilfe ist die Prämie bezahlt, bei der Ergänzungsleistung ist sie auch drin und bei den übrigen Haushalten kennen wir die individuellen Prämienverbilligungen, die wir auch jedes Jahr konsequent der Prämienteuerung anpassen. Also wenn die Prämien um 3 Prozent ansteigen, dann steigen auch die Beträge an, erhöhen wir die Beträge um 3 Prozent. Wir fangen also diese Steigerung auf.

Wenn man dann die Bruttokosten der gesamten Prämienverbilligung anschaut, also aus Ergänzungsleistung, Sozialhilfe und der reinen Prämienverbilligung, dann ist das doch seit ursprünglich 90 Millionen Franken im Jahre 2001 mittlerweile auf 220 Millionen Franken im 2024 angestiegen. Der Kanton Basel-Stadt nimmt also viel Geld in die Hand, um hier einen wichtigen sozialen Beitrag zu leisten.



Diese Verbilligung geschieht degressiv oder progressiv, je nachdem wie man schaut, aber der Grundsatz des Regierungsrates ist, dass Haushalte mit ganz tiefen Einkommen weniger als 10 Prozent zahlen müssen und dass es für Haushalte im Mittelstand höher ist. Aber der wichtigste Fokus liegt auf den Haushalten mit den tiefen Einkommen, weil dort ist es existenziell, dass der Kanton sich beteiligt an den Kosten.

Wir haben jetzt diese Motion Eberhard, die eine ziemlich komplette Umstellung des Prämiensystems fordert. Heute haben wir Klassen und in Zukunft soll ein Algorithmussystem mit diesen 10 Prozent fix, es darf auch weniger sein, das haben wir schon auch gelesen, aber im Grundsatz geht es zu einem linearen System. Die Kosten sind ganz unterschiedlich. Sie sehen die verschiedenen Varianten, je nach Ausgestaltung dieses Systems. Wenn wir es relativ restriktiv ausgestalten und keine Härtefalllösung machen, dann können wir sogar Geld sparen. Man müsste weniger Geld ausgeben für die Prämienverbilligung, und wenn wir die grosszügigste, die maximale Variante machen, dann reden wir von 170 Millionen Franken jedes Jahr an Mehrkosten zu diesen 220 bereits bestehenden. Also da lässt die Motion einen breiten Range der Ausgestaltung zu, aber das sind die Kosten.

Der Regierungsrat findet diese Kosten zu hoch. Das ist der eine Grund, weil es ja eine Härtefallregelung höchstwahrscheinlich braucht, weil ich davon ausgehe, dass auch die Motionärinnen und Motionäre nicht möchten, dass nach diesem Systemwechsel es Haushalte gibt, die weniger Prämienverbilligung bekommen. Das führt natürlich dazu, dass es Geld kostet. Der Regierungsrat lehnt auch die komplette Systemumstellung ab, weil heute ist die Prämienverbilligung mit ihren Einkommenskategorien auch Grundlage für ganz viele andere soziale Finanzierungssysteme, zum Beispiel die Tagesstrukturen in den Schulen, die universitäre Zahnklinik stellt darauf ab, die Tagesferien, all diese sozialen Finanzierungssysteme werden mit diesem neuen System grundsätzlich auf den Kopf gestellt und müssten neu geregelt werden.

Und wie gesagt, wir möchten, dass der Prämienverbilligungsfranken möglichst bei den Haushalten mit tiefen Einkommen eingesetzt wird und nicht weit in den Mittelstand hoch geht. Denn der Mittelstand zahlt Steuern und würde durch die Prämienverbilligung wieder Geld zurückbekommen. Das wird dann sehr bald zu einem 1 zu 1-Transfer, der nicht viel Sinn macht.

Aus diesem Grunde schlägt Ihnen der Regierungsrat vor, die Motion als Anzug zu überweisen. Es gibt Punkte, die eine Prüfung nötig machen oder verdienen. Man kann zum Beispiel prüfen, ob es nicht zielgerichteter wäre, zusätzliche Einkommensklassen einzuführen. Wir haben mit der SV 17 bereits drei zusätzliche Einkommensklassen, also mehr vom Mittelstand, hineingenommen. Da kann man durchaus auch prüfen, ob weitere solche Einkommensklassen nötig sind, oder auch der Punkt der kalten Progression. Das ist heute im System noch nicht abgebildet. Wenn jemand rein aufgrund der Teuerung mehr verdient, kann es sein, dass er oder sie weniger Prämienverbilligung bekommt, obwohl sich real nicht viel ändert. Das ist der zweite Punkt, den wir, wenn Sie es als Anzug überweisen prüfen würden und Ihnen entsprechend berichten würden.

Also der Regierungsrat bittet Sie, die Motion Eberhard und Konsorten als Anzug zu überweisen.

Ismail Mahmoud (SP): Wir beantragen Ihnen die Weiterbehandlung als Motion und dies aus dem einfachen Grund, weil es eine relativ konkrete Forderung ist und in der Beantwortung uns eigentlich relativ wenig geboten wurde. Es wurde im letzten Satz gesagt, dass es denkbar wäre, einen Ausgleich bei der kalten Progression und zusätzliche Prämiengruppen zu schaffen. Wie viel und was genau ist nicht ganz klar. Und es wurde relativ ausführlich gesagt, warum diese 10 Prozent nicht gut wären.

Das Anliegen ist ganz konkret. Es geht also um diese 10 Prozent und es kommt ja nicht von ungefähr. Es gab ja eine Abstimmung, die national abgelehnt wurde, aber hier im Kanton, wo die Prämienbelastung so hoch ist, wurde sie angenommen. Es ist ja nicht so, als hätten wir diese 10 Prozent aus der Luft gegriffen.

Ich möchte schon noch an Regierungsrat Kaspar Sutter anschliessen. Wir haben ein gutes System. Wir haben wirklich ein gutes System. Wir haben ein schnelles System. Man muss nicht auf Steuerveranlagungen warten, es vergehen nicht mehrere Monate bis zur ersten Auszahlungen, man muss es nicht jedes Jahr neu beantragen. Das ist alles sehr, sehr positive wenn man vergleicht mit anderen Kantonen. Und natürlich bräuchte es eine Besitzstandesregelung. Es kann nicht sein, dass jemand, der jetzt von Prämienverbilligungen profitiert, danach weniger hätte. Aber auch im bestehenden Modell, in diesem Stufenmodell, wäre es möglich, die Beträge so anzupassen, so zu gestalten, dass diese 10 Prozent-Belastung für alle Haushalte gelten würde. Wir sehen das als möglich an. Und wir müssen doch endlich akzeptieren und realisieren, dass die Belastung einfach hoch ist in diesem Kanton. Mit dem müssen wir doch jetzt einfach arbeiten. Ich habe Ihnen zwei Beispiele mitgebracht, um das ein bisschen zu veranschaulichen.

Nehmen wir gern die höchste Gruppe, die Einkommensgruppe 22, gerade die letzte Gruppe, die noch Verbilligung erhält. Für einen Einpersonenhaushalt mit einem Monatslohn von etwa 4'100 Franken wird die Prämie um 17 Franken vergünstigt. Wenn wir die Durchschnittsprämie nehmen, dann sind das jetzt 674 Franken. Also noch einmal: 4'000 Franken ist der Lohn, 674 Franken beträgt die Durchschnittsprämie, diese wird um 17 Franken vergünstigt. Das bedeutet, dass diese Person, eine



junge erwachsene Person, die gerade die erste Anstellung hat, den ersten Lohn erhält, Freunde vom Studium her in Genf besuchen möchte, einfach eine Person im Leben, die bezahlt 16 Prozent Krankenkasse jeden Monat. Das ist einfach viel. Das ist wirklich viel Geld. Da muss man sich entscheiden, ob man jetzt irgendjemanden besuchen geht oder ob man die Krankenkasse bezahlt.

Aber noch viel deutlicher wird es, wenn wir einen Vierpersonenhaushalt nehmen, zwei junge Erwachsene haben ein Haushaltseinkommen von 8'000 Franken pro Monat. Das klingt relativ gut. Vergünstigt wird 484 Franken, was bedeutet, dass die Belastung, die übrig bleibt, 23 Prozent sind. Einen Viertel muss diese Familie jeden Monat bezahlen. Das ist einfach viel Geld. Und ja diese Geschichte würde teuer werden. Das ist uns völlig bewusst. Aber die Krankenkassenprämien werden ja auch immer teurer. Es gibt einen Grund, warum das so ist. Und uns geht es einfach um die sozialen Teilhabe, um die Lebensqualität aller Menschen in diesem Kanton und um Gerechtigkeit.

Deswegen beantragen wir die Weiterbehandlung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich spreche auch für die Fraktion GRÜNE/jgb. Auch wir von BastA wollen diese Motion erneut als Motion dem Regierungsrat überweisen, denn wir sind davon überzeugt, dass nur mit einer Motion der Regierungsrat im Grundsatz mehr in Bewegung kommen wird und etwas Handfestes im Sinne der Motion entstehen kann. Ich gebe schliesse mich dem Votum meines Vorredners an, in Basel-Stadt wird sehr viel schon unternommen, um die Krankenkassenprämien zu vergünstigen, im Gegensatz vielleicht auch zu anderen Kantonen. Das ist so und es geht auch nicht so lange, das kann man sicher positiv erwähnen.

Nur bei einem Anzug ist die Gefahr gross, dass zu wenig Grundlegendes passiert. Und ist es nicht auch reine Symbolpolitik? Die Belastung der Krankenkassen ist für viele Menschen eine Realität. Zur Erinnerung, wie gesagt, die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt haben vor knapp einem Jahr die Prämiententlastungsinitiative wird etwas mehr als 54 Prozent angenommen. Der politische Wille, die Belastung bei den Krankenversicherungsprämien für die Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt zu senken, besteht also klar und deutlich. Und es ist klar, das wird was kosten.

Wir müssen Sie jetzt ein wenig zu nerven, trotzdem muss ich erwähnen, vielleicht auch nicht zum letzten Mal, dass, wenn wir in der Lage sind, ein Millionen hohes Standortförderpaket für die Konzerne zu schnüren, auch in der Lage sein sollten, die finanzielle Belastung durch die Krankenkassenprämien grundsätzlich anzugehen und zu senken. Die Prämienlasten und die selbst getragenen Gesundheitskosten sind für die Bevölkerung unseres Kantons, besonders auch für Familien mit mehreren Kindern sehr hoch und schon lange eigentlich nicht mehr verantwortbar. Viele wählen, und dies ist nicht nur freiwillig, eine hohe Franchise und verzichten auf notwendige Arztbesuche. Diese hohe Prämienbelastung betrifft also auch klar den Mittelstand.

In der Beantwortung des Vorstoss entsteht der Eindruck, dass der Regierungsrat nun ja mal so halb Lust hat, grundsätzlich an die Problematik der hohen Krankenkassenprämien heranzugehen. Mit dem Wunsch nach einem Anzug soll der Spielraum so gross wie möglich sein. Damit ist aber auch die Gefahr verbunden, dass sich nichts Wesentliches verändern wird und dies ist für uns aber eben der entscheidende Punkt. Gemäss der repräsentativen Umfrage der UBS Ende letztes Jahr sorgten sich 48 Prozent der befragten Personen in der Schweiz um den Gesundheitsbereich, insbesondere natürlich um die Krankenkassen und die Prämien. Dieser Bereich ist gegenüber dem Vorjahr nochmals um 8 Prozent gestiegen und liegt deutlich an der Spitze des schweizerischen Sorgenbarometers. Und auch im ersten Quartal dieses Jahr sind die Gesundheitskosten um knapp 5 Prozent gestiegen, was möglicherweise auf einen weiteren Prämienanstieg im folgenden Jahr schliessen lässt. Einfach weitermachen wie bisher ist nicht wirklich zielführend, nicht verantwortbar, geschweige für die Bevölkerung tragbar. In der Motionsbeantwortung steht, dass aufgrund der Tatsache, dass die Krankenkassenprämien über die Jahre stärker steigen als unsere Löhne, immer mehr Einkommensgruppen auf Prämienverbilligungen angewiesen sein werden und dies widerspreche dem gesetzlichen Auftrag, nur den Ärmsten die Krankenkassenprämien zu subventionieren. Aber meine Damen und Herren, das zeigt doch deutlich auf, wie absurd sich dieses Krankenkassensystem entwickelt hat und der beste Beweis dafür ist, dass es nur noch funktioniert, wenn die Prämien staatlich subventioniert werden. Ich frage mich, wie funktionsfähig eine solche Entwicklung noch ist, weil ich nicht davon ausgehe, dass wir ohne grundsätzliche Herangehensweise hier irgendwelche wirkungsvolle Hebel in die Hände kriegen.

Die Motion verlangt vom Regierungsrat Massnahmen zu ergreifen, um eine Deckelung der Prämienlast auf maximal 10 Prozent zu beschränken. Natürlich kann die Belastung auch unter 10 Prozent liegen. Es geht ja auch überhaupt nicht darum, linear auf 10 Prozent zu erhöhen und denjenigen Menschen, die über kaum Einkommen verfügen und an der Armutsgrenze leben, in Zukunft noch stärker zu belasten.

Die Antwort der Regierung auf jegliche Veränderungsbestrebungen im Sozialwesen scheint auch immer ein bisschen ähnlich und dieselbe. Das bisherige System sei super und gut austariert. Ja, es ist gut, bitte ja nicht daran rütteln. In der Praxis gibt



es aber durchaus Lücken und so gut aufeinander abgestimmt erlebe ich unser soziales System im Alltag nicht immer, was mitunter auch ein Grund ist für die Nichtinanspruchnahme dieser Leistungen.

Die Beantwortung hat aus Sicht der BastA definitiv noch zu wenig Fleisch am Knochen und deswegen müssen wir die Chance nutzen und die Motion verbindlich ein zweites Mal dem Regierungsrat überweisen. Nur so werden grundsätzlich Überlegungen und in Angriff genommen und kann die Prämienlast für viele Menschen mit der Zeit gesenkt werden. Besten Dank für die Überweisung als Motion.

Tobias Christ (GLP): Wir von der Fraktion GLP waren bei der ersten Überweisung uns da nicht ganz einig, aber ein grösserer Teil von uns, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, wollte sich gerne vom Regierungsrat berichten lassen zu der Situation der Prämienlast im Kanton, und in dem Sinne danken wir sehr für diesen Bericht und können direkt dem Antrag der Regierung gerne folgen, das als Anzug zu überweisen, so dass er genau in den beiden genannten Punkten schaut, welches der Handlungsbedarf ist und was man allenfalls am bestehenden System verbessern könnte, ohne gross ins System einzugreifen. Das heisst, dass die Problematik der kalten Progression anzuschauen wäre, was sehr in unserem Sinn ist, dass man da eine gute Lösung findet, oder auch vielleicht schauen, ob es zusätzliche Stufen braucht. Es darf auch ein bisschen mehr Geld kosten, aber sicher nicht dem Bereich, wie wenn man die grosszügigste Variante wählt mit zusätzlichen Kosten von 170 Millionen Franken. Das wäre ganz sicher nicht in unserem Sinne. Das heisst, wenn die Motion überwiesen würde, hoffe ich auch sehr, dass es dann nicht in diese Richtung geht.

Grundsätzlich noch zur Systematik. Das Anliegen, dass man sagt, dass insbesondere auch der Mittelstand zu stark durch die Prämien belastet ist, kann man nicht wegdiskutieren. Ich meine das das ist ein Problem und das sehen wir Grünliberalen natürlich auch. Überhaupt die Belastung des Mittelstands ist ein wichtiger Punkt für uns. Aber wir glauben nicht, dass hier der richtige Ort ist, um dieses Problem zu korrigieren. Es wäre ein bequemer Ort, man könnte quasi dieses System der Prämienvergünstigungen nutzen dafür, das verstehen wir schon, aber eigentlich wäre es aus unserer Sicht auch richtiger, dass man dann eher bei der Steuerbelastung ansetzen sollte, dass dies eigentlich vom System her besser passen würde.

Grundlegend stehen wir Grünliberalen auch auf nationaler Ebene hinter dem aktuellen Krankenkassensystem. Was die Motion fordert sind letztendlich einkommensabhängige Prämien, nur kann man das leider systembedingt nicht durchziehen bis zu den hohen Einkommen, weil das die nationale Gesetzgebung nicht hergibt. Wenn es jetzt darum ginge, das auf nationaler Ebene einzuführen, weiss ich nicht, was die GLP dazu sagen würde. Ich könnte mir vorstellen, dass sie mindestens zu Diskussionen bereit wäre. Ich persönlich mindestens fände das durchaus einen gangbaren Weg, obwohl das bis jetzt in der Vergangenheit nicht mehrheitsfähig war in der Schweiz. Aber wer weiss, was die Zukunft bringt.

In dem Sinne verstehen wir das Anliegen, wir glauben, es ist eine gute Idee, im Detail zu schauen, ohne das System zu ändern. Deshalb gerne als Anzug überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich habe aufmerksam zugehört, was Regierungsrat Kaspar Sutter gesagt hat und das hat mich gefreut. Er hat schon fast als Säckelmeister hier gesprochen. Ich glaube, er hat sich auch mit dem Finanzplan auseinandergesetzt, wie wir uns in Zukunft entwickeln, und sich da auch die Frage gestellt, ob wir bis zu zusätzlich 170 Millionen Franken wirklich leisten können. Er hat die Frage mit Nein beantwortet. Ich glaube, wir müssen Sie alle mit Nein beantworten.

Ich glaube, wir müssen schon aufpassen, was wir hier dauernd immer neues zusätzliches Geld ausgeben. In den letzten Monaten, glaube ich, haben wir 60 oder 70 Millionen Franken ausgegeben, die zusätzlich jedes Jahr dazukommen, und wir haben einen Finanzplan, der im 2028 mit 40 Millionen negativ dasteht. Also ich weiss schon nicht, wo das Geld dauernd herkommt. Und wenn ich das anschau, wollen Sie einer vierköpfigen Familie mit einem Nettoeinkommen von 200'000 Franken noch eine Prämienverbilligung geben. Ich meine, die werden sich wahrscheinlich noch freuen, wenn sie das Geld bekommen, aber ich glaube, wir gehen schon in eine Richtung, bei der ich nicht weiss, ob das noch sozial oder gerecht ist. Und vor allem eben auch als Ökonomen müssen wir uns schon die Frage stellen, wie wir das finanzieren wollen.

Darum ist die FDP nicht für den Antrag, sondern für Abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Michael Hug.



Michael Hug (LDP): Es wurden jetzt schon sehr viele wichtige Argumente genannt, in beide Richtungen, weshalb man das Anliegen unterstützen soll, weshalb man es vielleicht als Anzug überweisen soll oder vielleicht gar nicht überweisen soll. Die Fraktion der LDP ist es dafür, das bleiben zu lassen und die Vorlage nicht weiter zu überweisen.

Ein Grund ist sicherlich der, dass das System momentan sehr austariert funktioniert. Die Einkommenschwächsten werden substanziell unterstützt, bis zu 100 Prozent der Prämien können übernommen werden, in einem Fall, wo dies auch sinnvoll erscheint.

Die angestrebte Lösung mit den 10% führt zu einem anderen Effekt. Es wurde schon genannt, geht es so weiter und die Löhne steigen schwächer als die Prämien, führt das natürlich eben dazu, dass man am Ende einfach in eine komische Situation gerät, dass man dann quasi immer weiter diesen Mechanismus hier aushöhlt und ganz viele zusätzliche Personengruppen dann von diesen Prämientlastungen profitieren. Das kostet sehr viel mehr, das haben wir gehört, und es ist auch so, viele Personen brauchen diese Unterstützungen dann gar nicht. Wie gesagt, der LDP ist es wichtig, die ganz schwächste Einkommensgruppe substanziell zu unterstützen.

Da muss man schon auch noch betonen, dass wir gerade eine Steuererleichterung hatten, die die Abzüge auch ausgedehnt hat, das heisst, es gibt schon eine Verbesserung der Situation. Hinzu kommt dann, dass die Beiträge im Parlament auch erhöht wurden. Basel-Stadt, das steht auch im Bericht der Regierung, ist einer der wenigen Kantone, die auch automatisch die Prämiensteigerungen mitträgt und entsprechend die Beiträge auch erhöht, was sehr sinnvoll ist. Wir warnen einfach an dieser Stelle, dass man jetzt mit dieser 10%-Regelung starr einen Effekt hat, der komplett über das Ziel hinausschiesst.

Was ich auch spannend finde, ist die Kostensensibilität. Die Prämien steigen kontinuierlich, was die LDP auch stark beunruhigt. Es gibt Situationen, wo das Einkommen des Mittelstandes im Durchschnitt bis zu 17% belastet wird. Aber wenn man das nun mit dieser Forderung regeln will, sieht man gar nicht mehr, was alles durch den Staat finanziert wird. Wir sind jetzt schon in einem System nach der letzten Steuerreduktion, wo extrem viele Personen keine Steuern mehr zahlen. Dann können sie die Krankenkassenprämien abziehen, bekommen Unterstützung durch Subjekthilfe bei den Wohnungen, bei den Krankenkassen. Wir erhöhen und erhöhen, und irgendwann können wir es uns nicht mehr leisten. Fokussieren wir uns doch darauf, dass wir die unterstützen, die es wirklich am nötigsten haben. Darum sind wir für Nichtüberweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin habe ich Melanie-Eberhard auf der Liste.

Melanie Eberhard (SP): Herzlichen Dank für die verschiedenen Voten und die Auseinandersetzung mit diesem Thema. Ich glaube, das zeigt auch, dass es ein wichtiges Thema ist. Die Belastung für die Menschen durch die Krankenkassenprämien in diesem Kanton sind hoch. Sie sind nicht bei einzelnen durchschnittlichen Menschen bei 17 Prozent, wie gerade vorhin gehört, sondern im Durchschnitt der Bevölkerung bezahlt diese 17 Prozent ihres Einkommens für die Prämien. Das ist wirklich ein sehr hoher Anteil und wir haben auch bei den Beispielen gehört, dass das gerade für Personen im unteren und im mittleren Einkommen eine sehr hohe Belastung ist und das auf Kosten geht von anderen sehr wichtigen Ausgaben, die sie tätigen müssen.

Jetzt haben wir auch einige Male gehört, dass es ein austrainiert System sei, ein gutes System sei. Das möchte ich auch gar nicht negieren. Dass ein Prämienanstieg auch mit einem Anstieg der Prämienverbilligung einhergeht, ist ein sehr wichtiger Mechanismus, den wir hier in Basel-Stadt haben. Das finde ich durchaus auch. Was ich aber dazu trotzdem noch ins Feld führen möchte, ist, dass damals, als das System eingeführt wurde, vorgesehen war, dass Familien eben rund 8 Prozent ihres Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden sollen. Heute sind wir bei 17 Prozent im Kanton Basel-Stadt. Das ist ein riesiger Unterschied und das führt vielleicht auch dazu, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen, dass es eben nicht das gute System ist. In diesem Sinn hat mich auch das Votum von Tobias Christ gefreut, der doch zumindest Sympathien für Überlegungen hat, diese Kopfprämien irgendwie zu überdenken und abzuschaffen. Das ist aber hier bei uns im Kanton Basel-Stadt nicht so einfach möglich und deshalb setzen wir entsprechend bei der Prämienverbilligung an.

Denn die Prämienlast, und das haben wir auch gehört, ist bei uns im Kanton immer noch sehr, hoch. Es belastet die Menschen sehr stark. Wir haben bei der ersten Überweisung vor ein paar Monaten verschiedene Beispiele gehört. Ich möchte einfach noch einmal die Zahlen hier nennen. 125 Franken pro Monat im Durchschnitt höher als im schweizerischen Durchschnitt, das macht im Jahr 1'500 Franken. Das ist doch sehr viel Geld, und deshalb ist hier im Kanton natürlich auch diese Belastung besonders hoch und dieses Anliegen so wichtig. In unserem Kanton, in unserem aktuell sehr gut situierten Kanton, haben wir eben auch sehr viele Menschen, die aufgrund dieser hohen Prämienlast leiden, und deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir uns auch als Grosser Rat dazu äussern und konkret dafür sorgen, dass es da Verbesserungen gibt.

Im letzten Herbst haben wir dann eben diese Motion ein erstes Mal überwiesen mit der Idee, an dieser Situation etwas zu ändern, und auch der Regierungsrat und in den meisten Voten davor wurde auch ausgeführt, dass diese Belastung anerkannt wird. Jetzt ist es nur so, dass in dieser Beantwortung eben wenig Handfestes ist, wenig Kreatives. Das einzige, was angeführt wird effektiv ist, dass es denkbar wäre, beispielsweise einen Ausgleich der kalten Progression oder die



Einführung zusätzlicher Prämiengruppen anzudenken. «Denkbar» ist halt eben einfach nicht genug. Die Situation ist schlimm für viele Menschen und ein «Denkbar» reicht mir nicht, reicht unsere Fraktion nicht bei so einem wichtigen Thema. Wenn diese Motion jetzt ein zweites Mal als Anzug überwiesen werden sollte, dann fände ich es doch auch aufgrund der verschiedenen Voten, die wir vorhin gehört haben, sehr wichtig, dass aus diesem «Denkbar» etwas mehr wird, dass der Regierungsrat diese prekäre Situation anerkennt und etwas daran ändert. Sollte es für eine Motion reichen, dann würde ich mich sehr freuen. Ich danke für die Unterstützung und hoffe, dass wir so etwas tun können für die Menschen in unserem Kanton.

Lydia Isler-Christ (LDP): Wir reden von Prämienverbilligungen. Im Alltag erlebe ich immer wieder in der Apotheke, dass Personen mit Prämienverbilligungen sich dafür eine Zusatzversicherung kaufen. Was ist Ihre Haltung dazu?

Melanie Eberhard (SP): Ich kenne diese Fälle nicht. Ich kenne die Fälle, die die höchste Franchise wählen, damit sie nicht die hohen Krankenkassenprämien bezahlen müssen und dann auch auf den Arztbesuch verzichten. Das finde ich das grosse Problem, das wir hier im Kanton haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für diese Diskussion um dieses wichtige sozialpolitische Thema. Ich bin hier als Sozialdirektor, nicht als Säckelmeister, obwohl die Finanzen mir natürlich selbstverständlich auch wichtig sind, aber mir ist vor allem wichtig, dass das Geld, das wir ausgeben für das soziale Basel, möglichst zielgerichtet den Haushalten zugutekommt, die es wirklich brauchen, nämlich den tiefen Einkommen. Die Hauptkritik an diesem Vorstoss ist, dass es davon abweicht und mit dieser 10%-Regel Sozialpolitik bis in die Mittelschicht macht und nicht mehr zielgerichtet ist. Das ist eigentlich der Hauptgrund, weshalb der Regierungsrat diese Motion ablehnt.

Der Vergleich wurde gezogen mit der nationalen Abstimmung. Das ist aber nur ein Teil gleich, nämlich die 10%. Die Finanzierung ist natürlich komplett eine andere. Bei der Volksinitiative auf Bundesebene hätte der Bund zwei Drittel der Kosten bezahlt von unseren Kosten hier in Basel-Stadt, und das ist nicht der Fall bei dieser Motion. Da zahlen wir alles, sprich sie es drei Mal so teuer wie die Variante, über die die Basler Bevölkerung abgestimmt hat. Ich glaube, das ist schon doch ein sehr wesentlicher Unterschied, wenn man diese Abstimmung mit der Motion vergleicht, es ist eben nicht eine identische Vorlage, über die wir heute sprechen.

Oliver Bollinger, die Firmen finanzieren auch die Prämienverbilligungen, die wir heute auszahlen, mit ihren Gewinn- und Kapitalsteuern mit. Daher, glaube ich, ist auch das Standortpaket sehr wichtig, damit wir auch in Zukunft Prämienverbilligungen zahlen können in diesem Kanton.

Dann noch zu Ismail Mahmoud: Die Beispiele sind sehr spannend, aber sie arbeiten mit Durchschnittsprämien. Und ich hoffe doch gerade dieser junge Mann oder die junge Frau mit dem 4'100 Franken Einkommen eine andere Prämie wählt. Die Durchschnittsprämie kann man ja nicht wählen, und die günstigste Prämie liegt bei 265.20 Franken pro Monat. Man kann also auch alternative Versicherungsmodelle wählen. Das möchten wir auch ganz bewusst fördern mit zusätzlichen Prämienverbilligungen. Man kann auch eine günstigere Kasse nehmen als der Durchschnitt und man kann auch insbesondere als junge Person die Franchise anders wählen. Daher sind die wenigsten in diesem Bereich mit der Durchschnittsprämie konfrontiert, sondern mit ihrer individuellen Prämie.

Das System wird sich ja nie an den effektiv bezahlten Prämien ausrichten, sondern Durchschnittsprämien. Wir wollen ja die Anreizstruktur so behalten, dass die Menschen dann eben möglichst alternative Modelle wählen und die Prämie, die für sie stimmt. Das zur Umsetzung schon heute und da findet ja auch keine Veränderung statt durch die Motion, wie sie heute vorliegt.

Das sind nochmals die wichtigsten Punkte aus der Diskussion. Der Regierungsrat bittet Sie, uns diese Motion als Anzug überweisen, denn es gibt Punkte, die wir prüfen möchten, aber wir möchten nicht einen kompletten Systemwechsel mit diesen 10%.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ismail Mahmoud und weitere beantragen die Überweisung als Motion. Deshalb kommen wir zu einer Eventualabstimmung.



Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006764, 11.06.25 15:41:51]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Daniel Seiler und Michael Hug beantragen Nichtüberweisung. Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006766, 11.06.25 15:42:33]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Motion entschieden mit 46 gegen 44 Stimmen.

28. Interpellation Nr. 35 Michela Seggiani betreffend Förderung von Diversity-Zielen durch Anreize, Schreiben des RR

[11.06.25 15:42:47, 25.5177.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat sich mit der Antwort als nicht zufrieden erklärt. Die Interpellation ist erledigt.

29. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Masterplan Elektromobilität, Schreiben des RR

[11.06.25 15:43:12, 16.5274.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiten. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Somit geht das Wort an den ersten Fraktionssprecher der SVP Beat K. Schaller.



Beat K. Schaller (SVP): Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben. Die Elektromobilität ist ja scheinbar die Lösung für alle unsere Probleme oder so könnte man mindestens meinen. Nun, die Basler haben entschieden, dass wir bis 2037 CO₂ neutral werden sollen. Das gilt es zu respektieren und als Folgerung daraus hat der Regierungsrat das Gesamtkonzept Mobilität und Basel unterwegs klimafreundlich ans Ziel gestaltet, auch das natürlich demokratisch legitimiert. Trotzdem erlauben Sie mir hier ein paar kritische Gedanken zur Weltrettung Elektrifizierung der Mobilität anzustellen.

Leider ist es bei der Abstimmung den Vernunft geleiteten Kreisen nicht gelungen aufzuzeigen, dass die Welt nicht gerettet wird, wenn wir auf unseren 40 km² den Fossil getriebenen Verkehr vollständig verbannen. Dass dies nicht gelungen ist, überrascht natürlich nicht, ist doch Vernunft sehr stark mit Denken verbunden und Denken ist viel anstrengender als auf Angstmacherei zu reagieren.

Natürlich, wer noch fossil unterwegs ist oder Fleisch isst oder fossil heizt oder überhaupt Fragen stellt zum menschengemachten Anteil des Klimawandels, der ist ein Klimafrevler, ergo gehören natürlich auch alle fossil betriebenen Autos abgeschafft. Und das ist ja der Inhalt dieses Anzuges, er verlangt einen «Komplettumstieg auf Elektrofahrzeuge».

Dass wir damit eine über 100 Jahre gereifte Technologie über Bord werfen, ist geschenkt, Hauptsache ist, dass wir alle oder doch die meisten von uns ein schön warmes Klimagefühl im Bauch haben. Es sind Vorstösse wie diese, welche den Klimakult fördern und rationale Gedanken in den Hintergrund rücken. Die unschönen Tatsachen der Klimapolitik und der Elektrifizierung in diesem Fall werden verdrängt. Dass die für die Produktion der neuen Energieformen benötigten Ressourcen unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen aus dem Boden gebuddelt werden, dass man dabei auch vor Kinderarbeit nicht zurückschreckt, das ist allgemein bekannt, dass wissen alle, aber viele drücken dieses Wissen in den Hintergrund, denn was nicht sein darf, das ist nicht. Lieber trennen wir uns von ausgereiften Technologien. Wohlgermerkt, diese Technologien sind bis aufs letzte ausgereift, von der Gewinnung der benötigten Stoffe und Materialien über die Transportwege und Möglichkeiten zu den Herstellern selbst, den Betrieb, den Unterhalt und schliesslich auch noch zur Entsorgung. Die Elektromobilität ist davon noch weit, aber sehr weit entfernt, und trotzdem will man mit Zwang die Einführung der Elektroantriebe übers Knie brechen.

Richtig angezeigt und auch rational begründbar wäre ein sanfter, aber gezielter Übergang von einer Technologie zur nächsten. Ausnutzen des Bestehenden und Aufbau des Neuen. Es ist ja nicht der Otto- oder der Dieselmotor, der schädlich ist, sondern der Treibstoff, und nicht umsonst wird sehr stark und gezielt an umweltfreundlichen Treibstoffen geforscht. Hier sind wir schon recht weit, gerade beim Dieselmotor. Wenn Sie saubere Luft atmen wollen, dann saugen Sie am Auspuff eines modernen Dieselmotors.

Schauen wir doch einmal, weil es ein CO₂- und Umwelt-Rucksack ein E-Auto mit sich bringt. Viele von Ihnen haben vermutlich schon die Forschungsuntersuchung des ADHC gelesen, der ganz klar sagt, ein E-Auto bringt einen Rucksack von CO₂- und Umweltbelastung mit sich, dass er 200'000 Kilometer fahren muss, bis er gleich ist wie ein Fossil betriebenes Auto. Das heisst, Sie wollen jetzt Autos einführen, die 200'000 Kilometer fahren müssen, damit Sie dann weniger schädlich sind als fossil betriebene Autos. Einerseits sagen Sie, weniger Verkehr, weniger Autos auf den Strassen, andererseits wollen Sie Autos einführen, die sehr viel mehr fahren müssen, nämlich 200'000 Kilometer, bis sie überhaupt das Ziel der Umwelt- und Klimafreundlichkeit erreichen. Das ist nicht mehr rational erklärbar.

Oder schauen wir doch einmal, wie es mit dem Feinstaub ist. Richtig, Sie beklagen den Feinstaub, den Gummiabrieb. Ich habe erfahren, Elektroautos haben einen bis zu zweifach höheren Reifenverbrauch, und das ist dann klar erklärbar. Diese Dinger haben einen saumässigen Anzug, das sind Elektromotoren, wenn Sie hier auf das Gas stehen, dann gehen diese Autos sehr viel schneller ab als fossile. Das ist klar, das sind auch nicht drehende rotierende Massen, die da bewegt werden müssen, und je schneller ein Auto beschleunigt, desto mehr werden die Reifen belastet, abgenutzt, ergo Feinstaub. Oder schauen Sie einmal Kupfer an als Beispiel der Materialien, die gebraucht werden für die Herstellung eines Elektroautos und für den Betrieb. Ein Elektroauto braucht 60 bis 80 Kilo Kupfer. Das sind vier bis fünf Mal mehr als ein fossiles Auto und man könnte ja meinen, Kupfer sei unbeschränkt verfügbar. Dem ist leider nicht so.

Aber wie gesagt, ich will ja Ihren Traum vom schönen E-Auto und dem Untergang des fossil betriebenen Autos nicht weiter stören. Ich wünsche Ihnen schöne Träume. Was den Anzug konkret anbelangt, da erklärt ja der Regierungsrat ausführlich, dass wir in Basel mit der E-Mobilität auf dem gewünschten Weg sind. Ersparen wir uns das Aufzählen der vielen Massnahmen. Es wird wohl niemand hier in diesem Raum bestreiten, dass der Regierungsrat das Anliegen ernst nimmt. Deshalb, namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben und ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.



Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb spricht sich für das nochmalige Stehenlassen des Anzuges aus. Im Moment sehen wir in der Klimastrategie betreffend Mobilitätsmassnahmen noch einige Punkte, die unterentwickelt sind, so zum Beispiel bei der Energieeffizienz. So wie das heute in dem Massnahmenplan steht, werden wir auch in Zukunft nicht von der SUV-Schwemme in der mittelalterlichen eng besiedelten Stadt verschont bleiben. Es sind dort auch nur wenige konkrete Massnahmen wirklich sichtbar und auch nachzulesen, wie zum Beispiel eben auch weiterhin das Platzangebot gerade für so grosse Autos zu reduzieren oder eben auch vielleicht durch Parkgebühren für so grosse riesige tonnenschwere Fahrzeuge etwas zu machen. Diese Drehschrauben, die man hätte, werden nicht genutzt. Gerade bei der Energieeffizienz könnten wir natürlich doppelt gewinnen, wenn wir nicht nur die Grösse der Autos sondern eben auch bei den kleinen Autos mehr Energieeffizienz haben. Da haben wir eine Win-Win-Win-Situation und darum hätten wir da gerne mehr gesehen.

Auch hinsichtlich des bidirektionalen Ladens kann ich nichts finden, die neuen Technologien werden nicht beschrieben und gerade da wäre das überlastete Netz zuerst der IWB zu entlasten. Dieser Entlastung könnte man mit einer Strategie der neuen Ladetechniken entgegenwirken.

Kritisch sehen wir auch die Schlupflöcher betreffend die Hybridfahrzeugen als Übergangstechnologie. Dies sehen wir als eine sehr kurze Übergangstechnologie und da sieht auch dieser Massnahmenplan im Moment keine klaren Zahlen vor für den Ausstieg. Solange wir da nicht klarere Zeichen gegenüber der Industrie setzen, werden wir immer wieder Reden wie von Beat K. Schaller hören müssen. Alternative Brennstoffe und Treibstoffe, die es sicher geben wird, sind unserer Meinung nach mit der notwendigen Energiedichte sicherer andere Transportutensilien wie Flugzeuge oder eben auch Lastwagen vielleicht zulässig aber für den motorisierten Individualverkehr machen die keinen Sinn. Dazu ist in diesem Massnahmenplan leider auch nichts zu lesen.

Auch die vorausschauende Strategie für ein autonomes Fahren – wir hatten die Debatte letzten Mittwoch geführt – in einem gescheiterten Zusammenwirken von ÖV und autonomen Fahren wäre gerade in Randgebieten der Stadt zukunftssträchtig, doch auch dazu findet man nichts. Es braucht also so oder so weitere Überlegungen zur Elektromobilität, aber die sollten auf der Basis dieses Vorstosses geschehen und müssen zu einer Weiterentwicklung der Mobilitätsstrategie führen. Und allfällige Antworten der Regierung sollen dann neue Aspekte beinhalten und nicht einfach auf die Beantwortung dieses Vorstosses verweisen. Deshalb wünschen wir das Stehenlassen und Weiterentwickeln der E-Mobilitätsmassnahmen und eben auch das Stehenlassen dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Die erste Überweisung des Anzugs von David Wüest-Rudin ist nun bald zehn Jahre her. Der Anzug fordert vom Regierungsrat, dass er eine Gesamtstrategie beziehungsweise einen Masterplan entwickelt und dann natürlich auch umsetzt. Wir Grünliberalen stehen nach wie vor mit grosser Überzeugung hinter diesem Ziel. Der Regierungsrat hat fast zehn Jahre und den verpflichtenden Anschlag einer Volksabstimmung mit Ziel Netto Null 2037 gebraucht, um in der Klimaschutzstrategie und im Aktionsplan überhaupt die Zielsetzung und das Vorgehen für den Komplettumstieg auf Elektromobilität festzulegen. Das heisst, die Hälfte der verfügbaren Zeit bis zur Erfüllung des vom Volk und in der Klimaschutzstrategie gesetzten Ziels, dass bis 2037 97% der immatrikulierten Fahrzeuge emissionsfrei sind, ist verstrichen. Was wurde in der Hälfte der Zeit erreicht? Nicht mal 4% Prozent Fahrzeugbestand, und nicht mal ein Viertel der Neuzulassungen sind Elektrofahrzeuge. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, steht Basel vielleicht 2060 bei 100% Neuzulassungen und hat Basel in 40 Jahren vielleicht die halbe Fahrzeugflotte umgestellt, aber niemals bis 2037 die ganze Flotte. Das ist illusorisch.

Das Umsetzungs- und Umstiegstempo ist also viel zu langsam. Die bisherige Politik bezüglich Netto Null 2037 beim MIV ist völlig ungenügend. Um dies zu beschleunigen, sind aber auch die Zielsetzungen viel zu lasch und nicht auf den kompletten Umstieg fokussiert. Das wichtigste Element zum Umstieg auf Elektromobilität ist die Möglichkeit, beim Parken über Nacht und in unmittelbarer Nähe in zehn Minuten das Auto aufladen zu können. Niemand kauft sich ein Elektroauto, wenn er oder sie nicht sicher ist, dass es bedürfnisgerecht geladen werden kann. Wir haben über 60'000 Autos in dieser Stadt, im optimalen Fall sollte es also 60'000 Ladepunkte geben auf öffentlichem Grund und in Garagen, um über Nacht zu laden. Der Regierungsrat hat bisher ganze 110 errichtet. Sie sehen, die Relationen und die Herausforderung. Dazu kommen gerademal 430 potenzielle Ladepunkte, die also noch gar keine Ladestationen sind. Ja vielleicht braucht es keine 60'000 Ladepunkte, aber wie ist denn das Konzept, dass alle über Nacht oder sehr rasch in der Nähe der Parkierung laden können? Ich sage es Ihnen, es gibt keines.

Der Regierungsrat sagt in seinem Aktionsplan Klimaschutz, dass er allgemein die Ladeinfrastruktur Nachfrage gesteuert ausbauen will. Das ist erstens der falsche Ansatz. Die Nachfrage wird erst entstehen, wenn eine vertrauenswürdige und ausreichende Ladeinfrastruktur vorhanden ist. Eine fehlende Ladeinfrastruktur würgt die Nachfrage ab. Wenn der Regierungsrat erst ausbauen will, wenn die Nachfrage da ist, wird er ewig warten.



Zweitens fehlt das Konzept und die Ziele, bis wann wie viele und welche Ladestationen wo errichtet werden sollen. Der Regierungsrat spricht lediglich davon, Ladeinfrastruktur in Parkhäusern und Parkieranlagen zu fördern, also kein konkretes Ziel und für die blaue Zone begnügt er sich, so scheint es, mit 200 Ladestationen bei 60'000 Fahrzeugen. Er hat also keinen Plan, wie er eine Ladeinfrastruktur hinbekommen kann, welche bis 2037 den kompletten Umstieg auf Elektro erlaubt.

Und da werden auch Sensibilisierung und Kaufsubventionen für das Gewerbe nicht viel helfen und die Motorfahrzeugsteuer wird zu wenig starke Anreize setzen. Darum beantragen wir Grünliberalen Ihnen, den Anzug David Wüest-Rudin stehen zu lassen, um endlich einen griffigen Masterplan zum Umstieg auf die Elektromobilität vorzulegen. Wir werden mit flankierenden Vorstössen verstärkt darauf hinwirken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Wo genau steht in dieser Initiative von Netto Null 2030, dass Autos auf E-Antrieb umgewechselt werden sollen?

Brigitte Kühne (GLP): Das gebe ich gerne weiter an Sie alle hier im Saal.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank auch für diese Debatte, die doch sehr divers verlaufen ist. Ich versuche jetzt die Regierung da ein bisschen einzumitteln.

Ich bin mit Beat K. Schaller einverstanden, dass es noch klimafreundlichere Methoden gibt, Mobilität zu generieren als mit E-Mobilität. Deshalb sieht auch unsere Mobilitätsstrategie des Kantons, und das ist die wichtige Strategie, so aus, dass wir den Verkehr gesamtheitlich anschauen wollen und nicht nur den elektrischen Teil. Es geht hier um die Art und Weise, wie wir Mobilität in Zukunft organisieren und ermöglichen für die Menschen. Und da steht an erster Stelle Mobilität vermeiden, dann das Verlagern. Ja, es gibt energieeffizientere Verkehrsmittel als ein Auto, um Mobilität zu generieren, und deshalb auch dieser klare Fokus auf den öffentlichen Verkehr, diesen zu fördern und den Umstieg zu ermöglichen, und auch der Fussgänger- und Fussgängerinnen- und Veloverkehr ist natürlich klimafreundlicher als die E-Mobilität. Und dann kommt an dritter Stelle das Verbessern, dort wo individuelle Mobilität notwendig ist, in Form eines Autos, das verbessert werden soll, CO₂ armer, und das ist die Elektromobilität verglichen mit den fossilen Verbrennungsmotoren. Und ich teile auch die Einschätzung, dass die Umstellung noch nicht genug weit fortgeschritten ist und wir bei den Neuzulassungen höher sein müssten, weil die Technologie ist da. Wir wissen, wie wir Autoverkehr von A nach B klimafreundlicher bewerkstelligen als mit Verbrennungsmotoren. Also, das wichtige Konzept ist die Mobilitätsstrategie, die es gibt.

Die kann man selbstverständlich kritisieren, aber es gibt sie, sie ist vorhanden in relativ aktueller Form, man findet auch viele Mobilitätsziele im Klimaziel und den Klimamassnahme. Es ist seit diesem Anzug, der ja wirklich schon ein Weilchen da ist, sehr viel gegangen im Bereich des Verbesserns, beim Umstieg auf die E Mobilität. Und da arbeiten wir – und deshalb bin ich ein bisschen sehr erstaunt über das Votum der GLP – mit Anreizen und nicht mit Verboten. Und dazu braucht es die Individuen, die sich entscheiden für die Elektromobilität und wir können das unterstützen mit Anreizen. Und das ist der Hauptapproach beim letzten Punkt, beim Verbessern. Sehr vieles ist gegangen. Wir sind auf diese 200 Ladestationen, 100 sind realisiert. Das ist ein Auftrag des Grossen Rates. Da sind wir im Ziel. Da gehen wir auch in die Vorinvestitionen. Diese einzelnen Ladestationen sind nicht ausgelastet, wie sie ausgelastet sein sollten, zumindest noch nicht. Aber ja, das Bestehen der Ladeinfrastruktur ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, dass bei einer Neuanschaffung jemand sich für Elektromobilität entscheidet und nicht für einen Fossilverbrennungsmotor.

Wir haben hier ein umfassendes Förderprogramm für private Einstellhallen und öffentliche Einstellhallen verabschiedet, mit grossen Mehrheiten. Das ist der Weg, wie wir die Anreize setzen, auch mit einem klaren Datum 2030, die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer wissen, irgendwann brauchen sie diese Ladestation in ihrer Tiefgarage und bis 2030 kriegen sie dafür eine finanzielle Unterstützung ein, die nachher nicht mehr da ist. Sie haben dieses wichtige Instrument verabschiedet.

Der Kanton setzt bei seiner Fahrzeugsflotte konsequent auf Elektromobilität, Polizei, Feuerwehr, Kehrtautos, gerade vorgestellt – also hier geht auch sehr viel, der Kanton setzt auf Elektromobilität, wenn er selber beschafft, den öffentlichen Verkehr stellen wir komplett um, die Busumstellung ist im Gange, bis dann auch alle Busse elektrisch fahren, die Tram tun



das schon seit Jahrzehnten. Es ist viel gegangen bei dieser E-Mobilität und deshalb kann man mit gutem Gewissen jetzt auch diesen Anzug abschreiben.

Es gibt noch eine oder zwei andere Handlungsebene. Das ist so. Das eine betrifft den Bund bei den Beschaffungen, weil auch viele Autos bei uns über die Strassen fahren, die nicht in Basel-Stadt von Baslerinnen und Basler gekauft werden. Wir haben bei der Motorfahrzeugsteuer einen Hebel. Da gibt es die Motion Fuhrer, die Sie bereits überwiesen haben, da sind wir dran, diese umzusetzen. Also auch dort, in diesem Bereich, gibt es einen Vorstoss. Wir brauchen diesen vorliegenden Vorstoss deshalb nicht mehr.

Und dann ja, Béla Bartha, alle zukünftigen Potenziale, die es noch irgendwo gibt im Verkehrs- und Mobilitätsbereich, jetzt anhand von diesem Anzug zu bearbeiten, würde ich Ihnen nicht empfehlen. Wir haben vielmehr die Mobilitätsstrategie. Wir haben unsere Förderprogramme, die stark mit Anreizen arbeiten. Wir finden, das ist der richtige Weg und es braucht den Bund und es braucht auch die Individuen, die bei ihrer Neubeschaffung dann auf die klimafreundlichere Variante setzen bei ihrer Mobilitätsform.

Sie sehen, es ist sehr viel gegangen in diesem Bereich. Es gibt weiteres zu tun, aber es ist heute ein guter Zeitpunkt, diesen Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 20 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006769, 11.06.25 16:07:03]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 72 gegen 20 Stimmen.

30. Interpellation Nr. 47 Lukas Faesch betreffend Interpellation KI beendet das Ächzen über das Krächzen, Schreiben des RR

[11.06.25 16:07:16]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Lukas Faesch (LDP): Schon wieder diese Krähen, aber wenn Sie jetzt gleich diese Fotos sehen, dann wissen Sie, warum ich das nochmal mache. Und natürlich werden Sie auch verstehen, dass ich nur teilweise zufrieden bin. Das war letzten Donnerstag 7 Uhr 30 am Spalentorweg. Da musste ein Mitarbeitender der Stadtreinigung diese Krähenüberreste, das heisst das, was die Krähen selber nicht konsumieren, zusammensammeln. Übrigens alles, was in dieser Kiste ist, sind die Abfälle, die von den Krähen aus den Bebbi-Säcken genommen werden und dann einfach herumgestreut werden. Das ist sehr unappetitlich. Ich zeige Ihnen noch ein weiteres Foto. Es ist ein Zufall, ich war mit dem Hund draussen und hab das gesehen. Schauen Sie es an. Da hat es von Windeln über andere unappetitliche Dinge alles, und das ist nur ein Abfallsack. Und so ist es im ganzen Spalenquartier.



Ich habe ja gefragt, ob man KI gestützt solche Vergrämungsmassnahmen einführen könnte. Die Regierung hat mir zurückgeschrieben, dass man das machen und prüfen könnte. Das reicht nicht. Es ist eine Zumutung für die Leute und auch für die Mitarbeitenden der Stadtreinigung. Wenn der Regierungsrat noch vor einer Viertelstunde von Littering gesprochen hatte, dann sage ich, das da ist Littering par excellence, nur einfach verursacht von Tieren. Aber das wird einfach akzeptiert.

Tatsächlich, es ist natürlich eine kommunale Geschichte. Es ist eben viel schicker und interessanter, über Entwicklungshilfe in Afrika zu sprechen hier drin als über Leute, die in diesen Quartieren wohnen. Es ist eine Zumutung für die Bevölkerung, es ist eine Zumutung für die Mitarbeitenden der Stadtreinigung. Und da hätte ich mir schon gewünscht, dass man nicht nur schreibt, man könnte das mal prüfen, sondern dass man mal einen Pilot macht.

Wer die Antwort gelesen hat, sieht, es ist mit ganz kleinen Kosten verbunden, es kostet etwa 5'000 Franken so eine KI-Maschine. Man sollte das einmal ausprobieren, irgendwo in der Stadt, wo es sinnvoll ist und dann schauen, ob das nicht eine die Möglichkeit wäre. Es gibt im Internet auf Webseiten sehr viele Hinweise, dass in Deutschland die Krähen so vergrämt werden und sie dann wegziehen, weil sie ihre Mitbewohner hören. Die stossen Angstschreie aus, und dann werden die Kommilitonen der Krähen vertrieben.

Also, es ist eine einfache Geschichte, die man machen könnte, aber ich weiss nicht, wieso man das einfach mal prüfen könnte. Also ich hätte erwartet, dass man mal einen Pilot macht und dann schaut. Ich hätte gerne gewusst, ob das funktioniert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

31. Interpellation Nr. 55 Alex Dill betreffend Umbau und Erweiterung Fernheizkraftwerk Volta: sind die hohen Industriebauten und eine Brennstoffanlieferung per LKW quartierverträglich, Schreiben des RR

[11.06.25 16:10:19, 25.5224.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Alexandra Dill (SP): Die Publikation des generellen Baubehrens für den Umbau und die Erweiterung des fern Heizkraftwerks Volta hat doch einige Fragen aufgeworfen und ich bin froh, dass ich durch meine Interpellation einige davon klären konnte und die Antworten mich etwas hoffnungsvoller stimmen.

Selbstverständlich stelle ich mich nicht gegen das Dekarbonisierungsvorhaben der IWB, die Umstellung des Fernheizkraftwerks Volta auf erneuerbar ist richtig. Das generelle Baubehren sieht neben einem 50 Meter hohen Silo und einem 40 Meter hohen Druckspeicher auch den Bau eines LKW-Terminals vor. Es wird gemäss Auskunft des Regierungsrates mit neun Lieferungen pro Werktag in der Heizsaison gerechnet, sollten die Pellet mit LKW geliefert werden. Neun Lastwagen pro Tag, die durchs halbe Quartier fahren, denn zum Wenden müssen diese bis zum Lothringerplatz geführt werden.

Das Quartier wurde mit der Nordtangente vom Schwerverkehr entlastet und hat so langsam wieder zu atmen begonnen. Die Voltamatte und der Voltaplatz wurden frisch begrünt, das Quartier wird Richtung Volta Nord in den nächsten Jahren noch stark ausgebaut und soll insbesondere Familien anziehen. Die Achse, auf der die neuen LKWS pro Tag kursieren sollen, wird mannigfach von Verkehrsteilnehmenden allen Alters genutzt. Sie ist umgeben von Einrichtungen für Kinder. Der schreckliche Unfall, der sich vor einem Jahr mit einem Lastwagen auf dem Schulweg ereignete, steckt uns im Quartier noch massiv in den Knochen. Soviel ich weiss, werden die Pellet im Auhafen in Muttenz gelagert. Eine Anlieferung per Schiff läge somit auf der Hand. Auch heute wird meines Wissens der Brennstoff per Schiff geliefert.

Ich bin darum sehr dankbar, dass der Regierungsrat in seiner Antwort in Aussicht stellt, dass dies auch bei den Pellets eine Option ist, welche die IWB prüft. Ich schätze, dass dies auch die Ökobilanz des Projekts verbessert. Auch bin ich froh darüber, dass allfällige Optionen geprüft werden für den benachbarten Schulstandort, der Raumbedarf insbesondere für die Tagesstruktur hat und auch das Öllager eventuell umgenutzt werden kann für schulische Zwecke.

Ich anerkenne die Gründe, weshalb die IWB an dem Standort Volta festhalten möchte, ich fände es aber auch wichtig, dass die Quartieraspekte wie die Anlieferungssituation, die Schulwegsicherheit, so wie auch die Freigabe von Flächen für



Schulraum mitbedacht werden, damit sich das IWB-Areal eben auch gut ins Quartier von heute einfügt. Ausserdem ist es mir wichtig, dass die Quartierbevölkerung sich hier ähnlich einbringen kann wie benachbarte Firmen und ich bin froh, dass der Regierungsrat in seiner Antwort nun eine Infoveranstaltung für Anwohnende ankündigt. Allerdings, im Nachbarsgebäude, das gerade gebaut wird, sind noch keine Menschen eingezogen. Sie können sich auch gar noch nicht einbringen, die Veränderung für sie wird aber massiv.

Das St-Johanns-Quartier wird seit Jahrzehnten deindustrialisiert. Es ist mir wichtig, dass wir diese Tendenz nicht umdrehen mit diesem Projekt, und sicher hilft es für die Akzeptanz im Quartier, wenn die Anlagen architektonisch und städtebaulich ganz sorgfältig ins Gesamtbild passen und auch unterirdische Lageroptionen als Beispiel geprüft werden.

Ich bin sehr gespannt auf den weiteren Prozess und danke dem Regierungsrat für die informativen Antworten. Ich bin teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Patrizia Bernasconi (BastA): Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzuschreiben, bringt aber dabei keine neuen Lösungen. Die in der Antwort aufgeführten Massnahmen sind längst beschlossen und existieren bereits. Eine echte Auseinandersetzung mit den wachsenden Bedürfnissen der Hundehalterinnen und Hundehalter fehlt. Das Angebot an Freilaufzonen ist weiterhin begrenzt, oft überlastet und nicht ausreichend ausgestattet, etwa mit Trinkbrunnen oder Sitzgelegenheiten. Besonders nach der Einführung der Leinenpflicht in der Langen Erlen zeigt sich der dringende Bedarf an mehr Freilaufmöglichkeit.

Diese Zonen sind essentiell für den Tierschutz und eine artgerechte Haltung. Zudem sind sie wichtige Voraussetzungen für die obligatorischen Hundekurse, die der Kanton verlangt, um eine verantwortungsvolle Hundeeziehung sicherzustellen. Auch die Sozialisation von Welpen ist auf diese Zonen angewiesen.

Der Vorstoss von Christine Keller und Konsorten sollte daher nicht abgeschrieben werden. Der Regierungsrat muss die Anliegen ernstnehmen und konkrete neue Massnahmen zur Verbesserung prüfen und umsetzen. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug stehen zu lassen.

32. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Freilaufareale für Hunde, Schreiben des RR

[11.06.25 16:15:56, 23.5091.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb möchte diesen Anzug gerne abschreiben und zwar nicht, weil wir uns nicht auch mehr Freilaufareale für Hunde wünschen, sondern weil wir doch zum Schluss gekommen sind, dass die Forderungen des Anzugs eigentlich recht gut erfüllt wurden.

Es wurden ja Freilaufareale gefordert. Es wurden innert eigentlich recht respektabler Zeit auch Freilaufareale geschaffen und zwar nicht nur eines und nicht nur Pilote, sondern tatsächlich wirklich gleich mehrere in mehreren Stadtteilen. Es ist so und das sehen wir auch, dass nicht in allen Stadtteilen diese Freilaufareale bestehen und dass es auch immer noch weiteren Bedarf gibt. Auch diesen sehen wir, wir denken jedoch, es ist der pragmatischere Weg, dazu einen neuen Vorstoss zu schreiben und dort auch genauer zu beschreiben, in welchen Stadtteilen man sich weitere Freilaufareale wünscht. Die Beantwortung des Anzugs ist dafür eine sehr gute Grundlage bereits und wenn es weiteren Bedarf gibt für den Ausbau dieser Freilaufareale, was zum Beispiel Trinkbrunnen anbelangt oder Belag oder Spielmöglichkeiten etc., dass man das auch dort genauer schreibt, weil nur mit dem Stehenlassen eines Anzugs mit einer Forderung, die eigentlich bereits erfüllt wurde, denken wir nicht, dass das sehr viel bringen wird. Daher wird meine Fraktion abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Christine Keller.



Christine Keller (SP): Für einmal muss ich hier der grünen Vorsprecherin dezidiert widersprechen. Es ist nicht so, dass der Bedarf auch nur annähernd gedeckt ist. Es ist wahr, dass etwas gegangen ist. Das haben wir auch schon gewürdigt damals beim Budgetpostulat, aber es sind zwei kleine Flächen neu geschaffen worden seit Einreichung des Anzuges, das andere bestand schon vorher. Zwei kleine Flächen und namentlich in Grossbasel Ost, das wird auch zugegeben, existiert nichts und wie Patrizia Bernasconi sehr zutreffend gesagt hat, es ist nicht einmal im Ansatz zu erkennen, wie man hier das Problem lösen will.

Ich habe auch schon gehört, dass es Leute geben soll, die Hunde nicht mögen, auch wenn ich es nicht verstehe, und ich weiss auch, dass es Leute gibt, die finden, warum man denn Hunde in der Stadt halten soll. Aber hier darf ich auf die Ausführung der Regierung selbst verweisen, nicht nur in diesem Bericht, sondern auch schon in dem zur Einführung der Hundekurspflicht. Gemäss dem One Health Ansatz ist es wissenschaftlich erwiesen, dass besonders im fortschreitenden Alter Hunde einen positiven Effekt zum längeren Erhalt der körperlichen und mentalen Gesundheit der Hundehaltenden beisteuern und so zu einer monetären Entlastung des öffentlichen Gesundheitssystems beitragen können. Schätzungsweise können im Kanton allein durch die Hundehaltung ca. 1,9 Millionen Franken an den Gesundheitskosten eingespart werden.

Also, wir haben hier ein öffentliches Interesse, aber diese Hunde, die brauchen eben auch Raum, um frei zu laufen. Und kommen Sie mir nicht mit dem Land. Jetzt gerade ist dort überall, und das finde ich auch gut, Schonung wegen der Brutzeit. Diese Hunde dürfen nicht auf dem Land einfach frei herumrennen, wie es ihre Natur verlangt. Wissen Sie, was sie machen? Sie kommen in den Hundepark an der Merkuranlage, derzeit der einzige grössere. Da sehe ich reihenweise Leute mit ihren Hunden aus der Agglomeration.

Und in der Stadt sind ja auch gerade diese alten und einsamen Menschen vermehrt vertreten. Wir verabschieden hier Strategien gegen Einsamkeit. Ich habe schon mehrfach gesagt, eine der besten davon ist die Anschaffung eines Hundes, wenn auch sicher nicht für jeden geeignet. Im Schreiben des Regierungsrats, das ich schon zitiert habe zur Einführung der Kurspflicht schreibt er daher auch, bei der Verortung weiterer Freilaufareale sind Optimierungen anzustreben. So ist eine auf Stadtteile bezogene breitere Verteilung von eingesäumten Arealen in sämtlichen grösseren Quartieren der Stadt erstrebenswert. Das schreibt die Regierung selbst. Hierfür würden sich grundsätzlich grossflächige Parkanlagen in den Wohngebieten anbieten, so zum Beispiel im weitläufigen Margarethen- und Kannenfeldpark. In der Antwort auf meinen Anzug leider klingt es wieder sehr viel defensiver. Der Margarethenpark geht jetzt plötzlich nicht mehr, obwohl es einmal eine Petition gab und das schon vor Jahren versprochen wurde, und man begnügt sich mit der lapidaren Feststellung, aktuell seien noch keine weiteren Hundefreilaufzonen vorgesehen, insbesondere in Grossbasel Ost. Und ohne irgendeine konkrete, neue Ideen und ein neues Projekt bitte ich Sie wirklich, diesen Anzug nun stehenzulassen. Es ist nicht die Situation, in der man diesen Anzug abschreiben sollte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006774, 11.06.25 16:22:58]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden.



33. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Schaffung eines ambulanten gerontopsychiatrischen Dienstes für Basel-Stadt, Schreiben des RR

[11.06.25 16:23:11, 20.5474.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

34. Interpellation Nr. 44 Oliver Bolliger betreffend Auslagerung der Margarethenklinik, Schreiben des RR

[11.06.25 16:23:32, 25.5188.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Gleich vorweg, ich bin mit dem Inhalt der Beantwortung meiner Interpellation zur Auslagerung der Margarethenklinik nicht zufrieden. Ehrlicherweise habe ich zwar schon so eine Art von Beantwortung erwartet, aber ich bin dann von der Deutlichkeit der Antwort nun doch ein wenig überrascht. Wenn Sie wissen wollen, wie der Regierungsrat die Eignerstrategie mit den USB in den Spitälern interpretiert, dann gibt diese Antwort ein gutes Konzentrat und so deutlich und klar habe ich dies eigentlich noch nie wahrgenommen.

Aber ja, es erstaunt Sie nicht, dass ich mir eine andere Haltung vom Regierungsrat als Spitaleigner gegenüber dem Universitätsspital wünsche. Das ist wahrscheinlich dem Regierungsrat auch bekannt. Dass ein öffentlich-rechtliches Spital die Regierung nicht informieren muss, wenn es eine Abteilung oder eine Klinik auslagert, erstaunt doch sehr. Anscheinend müssen wir wirklich das ÖSpG - und jetzt hoffe ich, dass ich es jetzt wirklich getroffen haben – ein wenig anpassen. Ich wage mal zu behaupten, dass solche Auslagerungen im Besitz des USB nur bei den sehr profitablen Kliniken gemacht werden und dies hätte zumindest aus meiner Sicht doch den Regierungsrat eigentlich zu interessieren. Im Falle, dass die Margrethenklinik wieder zweifelhafte Werbestrategien in der Schönheitsmedizin lancieren würde, interessiert den Regierungsrat gemäss seiner Antwort nicht wirklich. Er hat nicht vor, zur Sinnhaftigkeit von medizinischen Behandlungen eine Stellung abzugeben.

So ist nun zu hoffen, dass eine ausgelagerte Margarethenklinik im Besitz des USB nicht auf die Idee kommt, ein Workingangebot zur Lippenunterstützung oder zur Straffung der Augenringe mittels Botoxspritzen zu beginnen. Finanziell lukrativ wäre das sicher, aber medizinisch einer Universitätsklinik nicht wirklich würdig.

Ich bin mit der Antwort, wie gesagt, nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

35. Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend Vereinfachte Erweiterung der Restaurations-Aussenflächen zur COVID-Prävention (Gastro-Parklets), Bericht des RR

[11.06.25 16:25:54, 21.5216.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.



Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

36. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend Eifachs Uusestuehle für d'Baize und für uns alli, Bericht des RR

[11.06.25 16:26:25, 21.5215.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

37. Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Begrünung der Innenstadt, Schreiben des RR

[11.06.25 16:26:49, 15.5017.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

38. Interpellation Nr. 48 Michael Hug betreffend die Aufhebung von Parkplätzen an der St. Jakobs-Strasse zugunsten eines Velostreifens – Kommunikation, Nacharbeiten und Auswirkungen auf das Quartier, Schreiben des RR

[11.06.25 16:27:10]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

39. Interpellation Nr. 53 Sasha Mazzotti betreffend der Begrünung Baselstrasse zwischen Tramstation Riehen Dorf und Fondation Beyeler, Schreiben des RR

[11.06.25 16:31:13, 25.5221.01]



Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sasha Mazzotti (SP): Ich danke der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Es ist eine Riehener Interpellation. Interessant bei Interpellationen, die in mit Riehen zu tun haben, ist ja auch, dass oft die Riehener Exekutive mit im Rat sitzt. Die wissen ja auch, dass wir eine ähnlich lautende Interpellation im Einwohnerrat eingereicht haben.

Ich habe nach der Zusammenarbeit Kanton und Gemeinde gefragt. Die Regierung hat festgestellt, dass die Gemeinde Riehen in der interdisziplinären Arbeitsgruppe vertreten ist, die die Planung verantwortet. Das freut mich. Es bleibt aber noch unklar, wie stark die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde wirklich sind. Als Riehener Politikerin möchte ich eine stärkere Einbindung der Menschen in der Gemeinde anregen, insbesondere weil lokale Bedürfnisse wie Dorfkernbelebung, Aufenthaltsqualität oft besser lokal erkannt und vertreten werden. Dieser Vorschlag geht sowohl an den Kanton wie auch an die Gemeinderäte.

Die Regierung bestätigt, dass die Begrünung ein zentrales Anliegen der Planung sei, verweist auf das Stadtklimakonzept und das Ziel bis 2037, dass da mindestens 2'000 Bäume gepflanzt werden sollten. Das begrüsse ich natürlich, doch auf die spezifischen Begebenheiten entlang der Baslerstrasse geht die Antwort der Regierung nur sehr bedingt ein. Die pauschale Berufung auf das Stadtklimakonzept bleibt vage. Es fehlen klare Aussagen zu alternativen Begrünungsformen. Falls Baumpflanzungen nicht möglich sind, gibt es Alternativen, zum Beispiel Staudenbeete, Rankpflanzen, Fassadenbegrünung, schattenspendende Installationen. Die Ablehnung von Baumpflanzungen zwischen Baslerstrasse 57 und 67 wegen Werkleitung ist technisch nachvollziehbar, doch die Begründung verweist nur auf den Status Quo. Eine Verlegung sei nicht zu empfehlen, da sie zu aufwendig ist und mit Tram-Unterbrechungen verbunden wäre. Nachhaltige Stadtplanung darf aber nicht auf bestehende Werkleitungen beruhen und daran scheitern. Die langfristige ökologische und soziale Wirkung von Begrünung sollte überwiegen. Ein Verzicht auf Baumpflanzungen ohne ernsthafte Prüfung alternativer Techniken wie Wurzelleitkanäle, kleinere Baumarten mit flacher Wurzelstruktur, Baumtröge etc. ist aus Sicht einer Klima orientierten Politik zu kurz gegriffen.

Abschliessend möchte ich gerne etwas zum Zeitplan sagen. Die bauliche Umsetzung soll frühestens 2030 erfolgen. Das bedeutet keine Verbesserung im öffentlichen Raum für mindestens fünf Jahre, obwohl der Handlungsbedarf angesichts zunehmender Hitzetage jetzt schon besteht. Die Antwort des Regierungsrates ist in Teilen nachvollziehbar, bleibt aber insgesamt unambitioniert und wenig konkret. Die ökologische Aufwertung der Baslerstrasse könnte mit dem Umbau der Haltestelle ideal verknüpft werden, wird aber in der Planung offenbar als Nebenfrage behandelt. Ich bin also nur teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

40. Interpellation Nr. 54 Alex Ebi betreffend Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung, Parkraumsituation im Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR

[11.06.25 16:35:32, 25.5222.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Alex Ebi (LDP): Es geht ums Hirzbrunnenquartier, es geht um den Verkehr, es geht um die Bäume. Es geht um Parkplätze, aber es geht vor allen Dingen um die Verkehrssicherheit in diesem Quartier. Wir haben das Gymnasium Bäumlhof und ganz viele Primarschulen in der Nähe, wir haben Kindergärten in der Nähe und die kleinen Kinder müssen dort im Hirzbrunnenquartier von den kleinen Strässchen über die mittelgrossen Strassen und dann auch über die Bäumlhofstrasse, die natürlich eine sehr befahrene die Strasse ist, gehen. Es wird dort gebaut und in der Vergangenheit enorm. Zuerst hat man das Claraspital umgebaut, gefühlte 20 Jahre lang und jetzt reisst man die Strassen auf, damit man dort wieder Fernwärme platzieren kann. Ich weiss nicht, wie viele Male jetzt die Strassen schon aufgerissen worden sind. Man hat manchmal das Gefühl, man macht es fast extra hintereinander anstatt miteinander, damit es schnell über die Bühne ginge und die Strassen wieder frei wären. Nein, es wird die eine aufgerissen mit einer Einbahnstrasse, dann die zweite.



Die kleinen Kinder lernen mit dem Verkehr leben, das ist klar, wir haben das alle auch lernen müssen. Der Verkehr hat zugenommen und auch auf den Autobahnen hat den Verkehr zugenommen. Das heisst, viele Lastwagen fahren jetzt auch nach Deutschland über die Bäumlihofstrasse nach Basel, also über Riehen und dann Bäumlihofstrasse. Es ist wirklich ein ganz anspruchsvolles Quartier. Die Lange Erlen wird auch immer interessanter, das Eglisee natürlich auch, und irgendwie haben wir im Quartier das Gefühl, dass das alles ein bisschen planlos ist. Das ist es wahrscheinlich nicht, aber wir werden nicht mitgenommen, wir werden nicht abgeholt. Es heisst immer, man könne sich natürlich melden, das ist auch richtig. Man erhält dort auch einen Moment, so dass man ein Anliegen erzählen kann, aber die Antworten sind alle immer ein bisschen dürftig. Es ist nicht ganz richtig und wenn man nicht die richtigen Fragen stellt, dann erhält man auch nicht die richtigen Antworten. Darum habe ich gedacht, so jetzt machen wir einmal eine Interpellation mit ganz präzisen Fragen und die präzisen Fragen hatten zur Folge, dass die Antworten weiterhin sehr schwammig sind oder sehr schwammig. Wer es gelesen hat sieht Antworten wie «Die Polizei setzt sich natürlich für die Verkehrssicherheit der Bevölkerung ein». Ja selbstverständlich setzt sich die Polizei für die Verkehrssicherheit der Bevölkerung, was denn sonst, das ist ja logisch. Oder es die Parkplatzsituation erwähnt, dass die Bevölkerung dort gar nicht mehr parkieren kann und dann heisst es so ein bisschen lapidar, bei Interessenkonflikten gewinne halt meistens Klima 37, also umgesetzt heisst dann das, egal welche Problematiken wir haben, Interessenskonflikte bedeutet, wir wollen das Klima retten. Und darum ist alles andere ein zweit-, dritt- oder viertrangig.

Das muss man immer zwischen den Pfeilen herauslesen. Ich habe mir so Mühe gegeben, die Fragen echt genau zu stellen, so genau wie man es kann, und ich hätte mir echt gewünscht, wenn da ein bisschen präzisere Antworten gekommen wären, ganz konkret auf die einzelnen Strassen hin, die ich benannt habe. Und das ist ganz selten passiert.

Ich finde es natürlich trotzdem toll, dass ich Antworten erhalten habe, auch wenn sie mich nicht überrascht haben, denn ich weiss jetzt nicht mehr wie vorher. Darum bin ich irgendwie zufrieden, dass überhaupt geantwortet wurde, aber mit dem Inhalt bin ich überhaupt nicht zufrieden. Darum sage ich teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

41. Interpellation Nr. 57 Brigitta Gerber betreffend Ergebnisse der Vorstudie zum Bahnknoten Basel durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) und parl. Reaktionen – Fragen zum Herzstück, Schreiben des RR

[11.06.25 16:40:26, 25.5227.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitta Gerber (BastA): Verunsichert durch die Medienberichte zu den Resultaten der Vorstudie zum Bahnknoten des Bundesamtes für Verkehr BAF hatte ich die Regierung gebeten, zu einem möglichen Plan B, einem alternativen Szenario, Stellung zu nehmen, dies, weil mir eine sinnvolle Projektierung und zeitnahe Umsetzung des regionalen S-Bahnverkehrs sowie des Güterverkehrs und der internationalen Anbindungen wirklich sehr wichtig ist und meiner Ansicht nach die gesetzten Ziele, Klimastrategie, angepasste Mobilität etc. in naher Zukunft erreicht werden wollen. Warten auf das Projektende bis ins Jahr 2080 verbunden mit massiven Kosten, 14 Milliarden Franken, das macht einen vor allem einmal sprachlos.

Die Zeitdimension 60 Jahre, quasi ein Menschenleben – im Bereich Verkehrsentwicklung haben wir das Auto als Massenphänomen kaum seit 70 Jahren und wer weiss, was in 60 Jahren da ist, was da rumfährt. Und dann dieser Kostenvoranschlag, der ist einfach exorbitant. Dass es sich um ein extrem anspruchsvolles und ambitioniertes Projekt handelt, mit vielen Partnern und multiplen Adressaten, das glaube ich Ihnen unbesehen. Meine Frage war deshalb, gibt es einen Plan B, vor allem hinsichtlich des Herzstückes, das mit seinen Tiefbau-Bahnhöfen und der damit verbundenen Unterquerungen des Rheins und zwei unterirdischen Haltestellen die Sache extrem verteuert. Also dazu die Frage: Gibt es einen Plan B? Man hat ja eigentlich immer einen Plan B oder einen Plan C.

Aus der Antwort der Regierung ist zu entnehmen, Nein. Und die Haltung der Regierung ist nach wie vor von äusserster Zuversicht geprägt. Man setzt auf Etappierung und Optimierung der Planung und mit anderen Worten, lasse sich nicht ins Boxhorn jagen. Ich frage mich, ist das wirklich die richtige Antwort oder Strategie auf den Befund des BAF? Ich würde gerne



die bisherige Untersuchungen, die früher zum Abschluss kamen, gerne einmal anschauen. Vor allem offensichtlich sind ihre Lösungen weder schneller noch günstiger noch gewinnbringender usw. Ich würde sie gerne mal sehen. Es gibt ja fast immer vielfältige Lösungen, deshalb kann ich mir das fast nicht vorstellen.

Auch mit dem Projekt Verkehr 45 respektive der Priorisierungsmethodik, man wolle bereit sein, falls unser Projekt dann immer noch so teuer ist, bereit sein, denn Achtung, die Konkurrenz schläft nicht, andere Kantone stehen bereit. Am Herzstück weiter festzuhalten wäre dann äusserst kontraproduktiv. Ist das nicht sowieso die Idee von vor 20 Jahre? Die Tiefbahnhöfe ermöglichen einen weiteren Ausbau, der Platz für viele Bedürfnisse schafft. Dieser Platz ist in Basel tatsächlich äusserst knapp und kostbar, aber braucht es diese Ausmasse auch, wenn das Herzstück nicht käme und hätten wir dann tatsächlich etwas verloren? Gäbe es mit dem Wegfall dieser teuren zwei Untergrundstationen nicht noch sinnigere Projekte, zum Beispiel das Tram- und Busnetz forcieren, von dem wir am letzten Mittwoch gesprochen haben?

Ich bin nicht zufrieden mit der Antwort, nicht, dass sich die Regierung nicht viel Mühe gegeben hätte, ihre Haltung zu begründen. Leider ist diese Haltung aber meiner Ansicht nach in keiner Weise überzeugend und auch nicht beruhigend. Keinen Plan B zu haben, ja, aus taktischen Gründen vielleicht, aber falls es so wäre und man alleine auf eventuell stufenweises Abspecken setzt, dann haben Sie hier etwas verpasst. Ich bin überzeugt, wir haben noch die Zeit, das Ganze zu vereinfachen und sollten uns diese Zeit für die Zukunft der Region auch nehmen. Und dabei scheint halt das Neuenken des Herzstückes schon sehr sinnig zu sein. Sicher, es braucht Mut, aber besser jetzt als später proaktiv.

Aber klar, wir können es uns auch von aussen sagen lassen, die Antworten der Vorstösse Herzog und Bezikofer kommen im Herbst, dann auch die ETH-Studien.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

42. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg, Stellungnahme des RR

[11.06.25 16:46:09, 24.5542.02]

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Gerne erläutere ich noch einmal kurz etwas zu der Motion und warum wir sie jetzt als Anzug überwiesen haben möchten.

Der Grund für die Motion war, dass immer mehr Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene zunehmend psychisch belastet sind. Die WHO geht davon aus, dass psychische Erkrankungen bald an der Spitze der gesundheitlichen Probleme der westlichen Gesellschaften stehen. Dabei ist die psychotherapeutische Versorgung schon heute überlastet und die Wartezeiten lang. Der Handlungsdruck ist also gross und deshalb fordert die Motion eine möglichst früh ansetzende Prävention von psychischen Erkrankungen. Dafür soll der Kanton die psychische Gesundheit zu einem Schwerpunkt der Präventionsarbeit an den Schulen erklären und ein obligatorisches Präventionsprogramm ab Kindergartenalter entwickeln und über alle Altersstufen hinweg durchführen.

Dabei ist ganz wesentlich zu verstehen: Psychische Gesundheit ebenso wie Gesundheit im Allgemeinen ist nirgends so günstig zu bekommen wie in der Prävention. Hier lässt sich mit vergleichsweise wenig Mitteln sehr viel erreichen. Ist die Erkrankung hingegen entstanden und fortgeschritten, wird es teuer und schwierig. Angesichts des grossen Handlungsdrucks in diesem Bereich freut es mich, dass der Regierungsrat die Förderung der psychischen Gesundheit ebenfalls als eminent wichtig erachtet und die Einschätzung teilt, dass eine nachhaltige Prävention optimalerweise im Kindergartenalter beginnen sollte. Gleichzeitig möchte der Regierungsrat die Motion aber als Anzug überwiesen haben, damit er die Forderung in einem grösseren Kontext, namentlich im Rahmen der aktuellen Überprüfung der Präventionsarbeit an den Schulen und zusammen mit den hängigen Forderungen nach Prävention vor sexualisierter und häuslicher Gewalt bearbeiten kann.

Ein ganzheitlicher Ansatz, wie ihn der Regierungsrat beschreibt, finde ich grundsätzlich gut und ich möchte ausdrücklich betonen, dass ich dabei darauf vertraue, dass Erziehungsdirektor Mustafa Atici die Forderungen der Motion auch dann konsequent verfolgen wird, wenn wir sie nun nur als Anzug überwiesen haben, denn ich nehme den Regierungsrat beim Wort, wenn er schreibt, dass die Förderung der psychischen Gesundheit an den Schulen zwingend in den Fokus rücken muss. Ich verlasse mich darauf, dass der Regierungsrat diesen Worten entsprechende Taten folgen lässt.

Ich erwarte also, dass die Prävention von psychischen Erkrankungen zu einem Schwerpunkt der Gesundheitsförderung an den Schulen wird und dass obligatorische Programme hierzu umgesetzt werden. Denn Prävention darf nicht davon abhängig



gemacht werden, ob die einzelnen Player gerade Lust darauf haben oder nicht. Die Prävention muss flächendeckend und konsequent sein, denn das Thema ist zu wichtig, um es fakultativ und punktuell zu lassen.

Dabei bedeutet Stärkung der psychischen Gesundheit auch nicht einfach, dass der Unterricht und das Miteinander an den Schulen wertschätzend und achtsam gestaltet wird, wie das der Regierungsrat schreibt. Ich gehe davon aus, dass das bereits jetzt eine Selbstverständlichkeit ist, die an den Basler Schulen gelebt wird. Für die Prävention von psychischen Erkrankungen braucht es viel mehr. Es braucht gezielte und fachlich begleitete Massnahmen und ich erwarte vom Regierungsrat, dass er diese nun im Rahmen der Arbeitsgruppe, die sich mit der Förderung der psychischen Gesundheit befassen wird, prüft und einführt.

Und zum Schluss noch eine kritische Bemerkung bezüglich der Angebote der Schulsozialarbeit, auf die der Regierungsrat in seiner Stellungnahme lobend hinweist, weil diese in Bezug auf psychische Erkrankungen präventiv wirken würde. Auch ich bin überzeugt, dass der Schulsozialarbeit eine ganz wichtige Funktion zukommt und dass sie bis zu einem gewissen Grad die im Gesundheitsbereich fehlenden Angebote für psychisch belastete Kinder und Jugendliche auffangen kann. Gerade deshalb ist es für mich aber völlig unverständlich, wieso der Regierungsrat die seit Jahren personell angespannte Situation in der Schulsozialarbeit bislang ignoriert und keine Gelder für die fehlenden Stellen gesprochen hat. Hier erwarte ich, dass der Regierungsrat auf 2026 endlich die Personalressourcen der Schulsozialarbeit aufstockt, damit diese ihren wichtigen Auftrag erfüllen können.

Kurzum, ich traue Regierungsrat Mustafa Atici also zu, jetzt bei der Prävention in den Schulen vorwärts zu machen und dabei die psychische Gesundheit als zentrales Schwerpunktthema zu behandeln. Ich beantrage Ihnen im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion in einen Anzug umzuwandeln und diese dem Regierungsrat zu überweisen.

43. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Förderung der freiwilligen CO₂-Reduktion, Schreiben des RR

[11.06.25 16:51:39, 20.5351.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet in der ersten Runde. Das Wort hat Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Im Mai 2023 haben wir den Anzug Förderung der freiwilligen CO₂-Reduktion eingereicht. Dieser Anzug fordert eine umfassende Informationskampagne, um die Basler Bevölkerung zu motivieren, ihren CO₂-Ausstoss freiwillig zu reduzieren. Die Zeit des Lockdowns hat uns allen drastisch vor Augen geführt, wie schnell sich unser CO₂-Ausstoss reduzieren lässt. Dies zeigt uns auch, dass individuelle Verhaltensänderungen einen echten Unterschied machen können. Der Regierungsrat argumentiert, dass eine direkte Verknüpfung mit dem Lockdown riskant sei, da dies Klimapolitik als Einschränkung der Freiheit entscheiden lassen könnte.

Ich bin jedoch der Meinung, dass wir genau diese Erfahrung nützen sollten, nicht um Zwang auszuüben, sondern um aufzuzeigen, welches Potenzial in freiwilligen Anpassungen unseres Verhaltens steckt. Wir wollen keine Verbote, sondern Freiwilligkeit und Eigenverantwortung.

Die Bevölkerung ist sich der Klimapolitik bewusster geworden, auch dank der Jugendbewegungen und der Klimaaktivität. Diese Ausgangslage müssen wir nutzen, um den CO₂-Ausstoss lokal zu senken. Diese individualisierten Informationskampagne kann aufzeigen, welche konkreten Verhaltensänderungen welchen Nutzen für die Umwelt haben, in Form von Fallbeispielen, Tabellen und dergleichen. Es ist richtig, dass der Regierungsrat bereits Massnahmen im Bereich der Klimakommunikation umgesetzt und eine Strategie Klima Basel 2037 verabschiedet hat. Dennoch fehlt es weiterhin an detaillierten zielgruppenspezifischen Daten, die das CO₂-Reduktionspotenzial einzelner Bevölkerungsgruppen quantifiziert. Dies ist aber entscheidend für eine wirksame und effektive Kampagne.



Deshalb bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen. Wir müssen das geschärftete Bewusstsein der Bevölkerung nutzen, um aktiv und freiwillig das Klima zu schützen. Eine umfassende und Zielgruppen orientierte Informationskampagne, die positives Lernen aus dem Lockdown aufgreift, ist dafür unerlässlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Beat K. Schaller für die SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Ich stelle fest, die Vorfreude auf einen herrlichen Vorsommerabend steigt und steigt. Ich halte mich entsprechend kurz und bitte Sie namens der SVP den Anzug abzuschreiben. Gemäss Kreuztabelle habe bis auf die FDP und die SP alle Fraktionen ein Abschreiben eingetragen, inklusive Grüne und BastA. Ich finde das grossartig, meine lieben Damen und Herren der Grünen und BastA, herzlich willkommen im Club der Klardenker, wenigstens für einmal.

Wir von der SVP gehen mit dem Regierungsrat einig, dass eine Massnahme, welche sich auf eine erzwungene Verhaltensänderung bezieht, riskant ist. Das ist schön ausgedrückt. Viele der während der Pandemie massgeblichen Verhaltensänderungen erfolgten nicht durch eine freiwillige Entscheidung, sondern sie wurden behördlich von oben erzwungen. Hier mit dieser Einschätzung geht die SVP mit dem Regierungsrat einig und es ist ja gerade in unserem Kanton nicht überraschend, dass der Regierungsrat die Klimakommunikation fest in seinem Aktionsplan verankert hat. Er schreibt, entscheidend dabei sei die interdepartementale Zusammenarbeit. Für den Regierungsrat ist es also wichtig, dass die einzelnen Königreiche, sprich Departemente, miteinander reden und miteinander arbeiten. Ja, für einmal ist Grenzen abschaffen gut.

Was die geforderte Informationskampagne anbelangt, da weist der Regierungsrat nach, dass er weiss Gott nicht untätig war. Und er ist nicht untätig und bleibt es auch nicht. Klima auf der kantonalen Webseite, Plakatkampagne, Benutzung der sozialen Media-Kanäle, Veranstaltungen, Förderung von, so wie es aussieht, zivilgesellschaftlichem Engagement, ja Herz, was begehrt du mehr? Er verspricht ja auch, auf den Herbst 2025 ein Konzept zur Klimakommunikation. Wir schauen dem mit Hochspannung entgegen. Und noch einmal, was den Anzug anbelangt, den können wir abschreiben. Der Regierungsrat hat geprüft, berichtet und umgesetzt. Ich bitte Sie, abzuschreiben und danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Melanie Eberhard für die SP.

Melanie Eberhard (SP): Was der Kanton schon tut, das haben wir gerade ausführlich gehört. Deshalb verzichte ich darauf, dass jetzt nochmal zu wiederholen. Ich habe mich auch sehr darüber gefreut, in der Beantwortung zu lesen, was der Kanton noch weiter plant in diesem Thema, denn Kommunikation fördert auch das Verständnis für diese Massnahmen und es führt vor allem auch zu einer Sensibilisierung, damit die Bevölkerung auch ihren aktiven Teil dazu beitragen kann. Und deshalb ist es wichtig und ich denke auch, dass es eine gute Möglichkeit ist, wenn der Regierungsrat die angedachten Vorhaben im Bereich Kommunikation dann effektiv umsetzt, und das kann ja dann, wie es auch in diesem Falle schon der Fall war, ein relativ kurzer Bericht sein, in dem dargelegt wird, wie Zielgruppen spezifisch dazu kommuniziert wird.

In diesem Sinne und auch deshalb beantragt Ihnen die SP Stehenlassen dieses Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher Oliver Thommen für die Fraktion GRÜNE/jgb..

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich getraue mich jetzt nicht, für die BastA zu sprechen, aber ich antizipiere jetzt einmal, dass sie ähnlich den Kollegen Schaller enttäuschen muss, dass das Abschneiden dieses Anzugs leider nicht in diese Richtung verläuft – Sie haben das Klardenken genannt. Der Grund, warum wir diesen Anzug abschreiben, ist vielmehr, dass einerseits die Forderung des Anzugs, zu prüfen, einerseits aus unserer Sicht genügend beantwortet wurde. Es gibt verschiedene Sensibilisierungskampagnen, es wird weitere Sensibilisierungskampagnen geben. Und das ist gut. Es gibt auch in der Privatwirtschaft sehr viele Sensibilisierungskampagnen. Sie können Ihren CO₂ Fussabdruck und alles Mögliche messen. Es gibt sehr viel dazu. Ich denke, wenn Sie, nachdem dieser Anzug abgeschrieben wurde, eine konkrete Idee haben, dann sind wir gerne bereit, gemeinsam eine Motion einzureichen, denn ich denke, dem Regierungsrat fehlt manchmal die genaue Anweisung, was er tun soll, und mit diesem Anzug wird das wahrscheinlich nicht passieren, sondern wir werden einfach in zwei Jahren wieder hören, was der Regierungsrat alles gemacht oder eben nicht gemacht hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Somit hat Regierungsrat Conradin Cramer das Wort.



Regierungspräsident Conradin Cramer: Wie verschiedene der Vorrednerinnen und Vorredner schon gesagt haben, erscheint dem Regierungsrat nicht sinnvoll, die Erfahrungen aus der Pandemie und dem Klimaschutz kommunikationsweise so zu koppeln, dass man hier Vergleiche ziehen kann. Wir glauben, das würde eher demotivierend wirken und die Eigenverantwortung eher hemmen als fördern. Wie gesagt, in der Pandemie waren die Verhaltensänderungen weitestgehend verordnet und die Idee unserer Klimaschutzkampagnen ist eben zu motivieren, zu informieren, Orientierung zu bieten und eben nicht so zu gestalten, dass es dann zu Gegenreaktionen kommt, weil die Menschen das Gefühl haben, man will ihnen ihr Leben vorschreiben

Insofern glaube ich wirklich, dass diese Bezugnahme im Anzug nichts der zielführende Weg ist und andererseits auch haben wir ja wirklich ausdehnende Klimakommunikationsmassnahmen einerseits schon vorgenommen, andererseits weiter geplant. Das ist auch Teil des Klimaaktionsplans, Teil der Umsetzung der Klimaschutzstrategie, dass hier auch kommunikativ einiges geht.

Deshalb bitte ich Sie, auf diese Instrumente abzustellen, die uns ja auch verpflichten, selbstverständlich dem Grossen Rat jeweils Rechenschaft zu geben, den konkreten Anzug jetzt hier aber abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 38 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006786, 11.06.25 17:02:49]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 48 gegen 38 Stimmen bei einer Enthaltung.

44. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa, Schreiben des RR

[11.06.25 17:03:01, 16.5216.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat wünscht das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Mit dem vorliegenden Anzug wurde der Regierungsrat gebeten, eine Städtepartnerschaft mit einer vom Flüchtlingsstrom stark betroffenen europäischen Staat zu prüfen, dies mit dem Ziel, im Rahmen einer solchen Partnerschaft dann konkrete Unterstützung zu leisten, etwa durch finanzielle Beiträge oder Infrastrukturhilfe. In seiner ersten Prüfung hat der Regierungsrat festgestellt, dass alleine schon aufgrund der Aufgabenteilung von Bund und Kantonen eine Städtepartnerschaft keine geeignete Massnahme zur Entschärfung der Flüchtlingskrise in Europa darstellt. Diese Feststellung hat weiterhin Gültigkeit. Das Asyl- und Flüchtlingswesen steht in der



Kompetenz des Bundes. Diese möchte auf europäischer Ebene ein koordiniertes und kohärentes Vorgehen und dem Regierungsrat ist es auch deshalb ein Anliegen, die klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen zu berücksichtigen.

Nun ist aber auch sehr viel gegangen, insbesondere auch seit Einreichen des Anzugs. Mit den sozialen Engagements in Abidjan und besonders in Shahab, einer Stadt im Erstfluchtland. Jordanien hat der Regierungsrat in der zweiten Beantwortung zentrale Anliegen des Anzugs aufgenommen. Der Kanton leistet einen sichtbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingung von Menschen in benachteiligten Regionen, im Falle von Shahab besonders auch spezifisch für geflüchtete Personen. Zudem wurde in akuten Krisen wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine oder im Nahostkonflikt nach dem Angriff der Hamas auf Israel substanzielle Hilfe geleistet, dies in Form von finanziellen Beiträgen an humanitäre Hilfsorganisationen sowie der mehrfachen Lieferung von Feuerwehr- und Sanitätsmaterial an verschiedene ukrainische Städte.

Mit dem vom Grossen Rat an der letzten Sitzung angenommenen Gegenvorschlag zur Initiative 1 Prozent gegen globale Armut und mit dem Gesetz über die internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung werden wir die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit im Kanton Basel-Stadt massiv erhöhen, mehr als Vervielfachen. Damit kann, unabhängig von einer längerfristig orientierten Städtepartnerschaft, weiterhin und noch stärker als bisher dort Unterstützung geleistet werden, wo der Bedarf gerade am grössten ist.

Das alles zeigt, der Kanton hat sagt Einreichen dieses Anzugs in den letzten Jahren sein Engagement zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene nochmals stark ausgebaut und nimmt seine Verantwortung in humanitären Krisen wahr. Eine Städtepartnerschaft ermöglicht politischen Zugang, sie ermöglicht den Aufbau längerfristiger Beziehungen und die Bündelung von Kräften und deshalb setzt der Regierungsrat solche Städtepartnerschaften auch ein als Instrument zur Erreichung von Standortzielen. Je nach Ziel und geografischer Ausrichtung kann eben eine solche Städtepartnerschaft sinnvoll sein oder aber ein anderes flexibleres Instrument kann wirkungsvoller sein. Es geht hier also ja nicht um die Partnerschaft an sich, sondern es geht immer darum, wie können wir übergeordnete Ziele am besten erreichen. Und auch in der weiterführenden Diskussion mit der Regiokommission hat sich gezeigt, dass eben die beiden Elemente Städtepartnerschaft einerseits und Unterstützung in der Flüchtlingskrise in Europa andererseits nicht sinnvoll zu kombinieren sind.

Neu sprechen wir deshalb von einem Beitrag zur europäischen Kohäsion. Die Zusammenarbeit mit und in Europa bleibt dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen, sei dies eben in Form von Partnerschaften oder in Form von anderen Modellen. Es besteht jedoch kein Zusammenhang zum Anliegen des ursprünglichen Anzugs mit einer Städtepartnerschaft, um einen Unterstützungsbeitrag zur Milderung der Flüchtlingskrise zu leisten.

Deshalb also zusammenfassend: Eine Städtepartnerschaft ist kein geeignetes Instrument zur Entschärfung der Flüchtlingskrise in Europa. Die inhaltlichen Anliegen des Anzugs wurden ernstgenommen und so weit als möglich bereits umgesetzt. Das globale Engagement des Kantons zugunsten der nachhaltigen Entwicklung wurde bereits verstärkt und wird künftig insbesondere nochmals massiv ausgebaut und eine allfällige Partnerschaft hat keinen inhaltlichen Bezug mehr zum ursprünglichen Anzug aus dem Jahr 2016.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, den Anzug heute abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die GRÜNEN/jgb ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Es ist das letzte Geschäft heute mit Abstimmung, darum werde ich es relativ kurz halten, auch weil der Regierungspräsident schon sehr ausführlich darüber berichtet hat, was der Kanton in den letzten Jahren, in den letzten neun Jahren seit der Einreichung dieses Anzugs geleistet hat. Der Regierungspräsident hat hingewiesen auf die Aktivitäten in Shahab in Jordanien, das wissen wir wirklich sehr zu würdigen. Insbesondere heissen wir das gut, dass in einer urbanen Region oder in einer urbanen Stadt im globalen Süden Know-How-Transfer stattfindet. Man hilft dort beim Aufbau oder bei der Instandhaltung der Infrastruktur, bei der Stadtbegrünung, Energie- und Wassereffizienz. Das sind sehr, sehr gute und sinnvolle Engagements, die wir wirklich sehr begrüssen und auch unterstützen. Auch die nun erhöhten Mittel in der internationalen Zusammenarbeit, Sie mögen sich erinnern, erst vor kurzem hier im Grossen Rat behandelt, sind für uns sehr erfreulich und geht wirklich in die richtige Richtung.

Trotzdem möchten wir als Fraktion GRÜNE/jgb an diesem Anzug von Thomas Grossenbacher festhalten, an diesem Anzug von Stadt zu Stadt. Denn wir sehen anders als der Regierungsrat hier die zentrale Forderung des Anzugs eben noch nicht umgesetzt. Obwohl der Grosse Rat den Anzug mehrfach überwiesen hat, gibt es immer noch keine die Städtepartnerschaft in Europa, was ja eigentlich genau dieser Anzug sehr klar in seiner Forderung stellt. Mit dem Stehenlassen wollen wir den Auftrag daher der Verwaltung nochmals mitgeben und diesen erneuern. Wir sind überzeugt, dass eine wie in diesem Anzug angeregte Städtepartnerschaft mit einer europäischen Stadt auf Augenhöhe eine hohe und sichtbare Signalwirkung zeigen kann. Mehr noch als eben die Zusammenarbeit mit Shahab, denn den meisten Personen hier im Kanton ist nicht bekannt, wo



Shahab überhaupt liegt, im besten Fall haben sie die Medienmitteilung mitbekommen, aber es ist noch nicht in diesem Sinne eine Stättezusammenarbeit oder -partnerschaft, wie wir sie dann eben doch auch wünschen würden und wie es auch Thomas Grossenbacher in diesem Anzug ausgeführt hat.

Trotz den bisherigen grossen Leistungen des Kantons im Bereich der internationalen Zusammenarbeit ist eben der Kern des Anzugs für uns noch nicht umgesetzt, weshalb wir wirklich nochmals daran festhalten wollen und Sie bitten, diesen Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA das Wort hat Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA beantragt auch, den Anzug von Thomas Grossenbacher erneut stehenzulassen und dies aus folgenden Gründen: Die aktuelle Weltlage muss uns grosse Sorgen machen, das ist Ihnen wahrscheinlich auch bekannt, die Fluchtbewegungen werden auch in den kommenden Jahren nicht abnehmen, sondern wegen Krieg, Vertreibung und auch den Auswirkungen der Klimaveränderungen weiter zunehmen. Städtepartnerschaften sind ein Ausdruck von internationaler Solidarität und haben vielleicht eher eine kleinräumliche Wirkung. Aber wenn ich mir vorstelle, es gäbe ein europäisches Netz von Städtepartnerschaften innerhalb von Europa, aber auch mit dem globalen Süden, dann könnte ich mir daraus schon etwas ein grösseres wirkungsvolles Netz vorstellen, das in Bezug auf die Solidarität und Unterstützung bei verschiedenen Schwierigkeiten doch eine Wirkung hat, auch wenn ich Regierungspräsident Conradin Cramer Recht gebe, dass die Gründe der Flucht deswegen nicht beiseite geschafft sind. Das Ansinnen aber des Anzugs von Thomas Grossenbacher ist im Jahr 2025 weiterhin legitim und ich finde es komisch, diesen jetzt abzuschreiben.

Wir erachten das Vorgehen des Regierungsrats in solchen Fragen einerseits einfach als zu zaghaft. Gerade Basel wäre als eine so reiche Stadt sollte ihre internationale Verantwortung viel stärker noch zum Ausdruck bringen. Anstatt besonders Städtepartnerschaften zum Zweck des Handels und der Forschung voranzutreiben, was ja nicht per se schlecht ist, ausser wenn die Tätigkeiten mit autoritären Regimes gemacht werden oder mit fragwürdigen Tätigkeiten wie gerade aktuell beispielsweise der MCH Group mitgetragen werden, dann stelle ich das schon ein bisschen in Frage. Es würde uns also gut anstehen, unsere Solidarität auszubauen und mit Städten im globalen Süden, die besonders von Fluchtbewegungen betroffen sind, aber auch in Europa weitere Städtepartnerschaften zu prüfen und auch einzugehen. Genau so eben wie die erwähnten Stadt Shahab bin Jordanien. Ich finde es wirklich sehr begrüssenswert, dass man dann beim Stehenlassen des Anzugs so auch darauf reagiert hat.

Wir sind der Meinung, da gibt es noch Luft nach oben, und wir wünschen uns, dass die Regierung uns bei der nächsten Beantwortung ein paar konkrete geprüfte Beispiele von Partnerschaften mit Basel-Stadt nochmals präsentieren könnte. Mir ist, wie gesagt, klar, dass die Gründe der Flucht und die damit verbundenen Tragödien nicht aus der Welt geschaffen sind, aber ein Beitrag zur Linderung und für die Solidarität wären Städtepartnerschaften sehr wohl.

Also lassen wir den Anzug nochmals stehen, damit in der nächsten Berichterstattung vom Regierungsrat konkrete Umsetzungen daraus resultieren können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet auf ein Votum. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006788, 11.06.25 17:14:41]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug Stehen zu lassen



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 46 gegen 43 Stimmen bei einer Enthaltung.

45. Interpellation Nr. 56 Raffaella Hanauer betreffend Umzug des Präsidialdepartements und allfälligen Chancen im Rathaus, Schreiben des RR

[11.06.25 17:14:55, 25.5225.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich anerkenne die Bemühungen, die gemacht wurden, um diese Interpellation zu beantworten. Ich bin jedoch dennoch mit der Beantwortung einiger Fragen nicht zufrieden. Ich denke, die Beantwortung hat einige offene Fragen geklärt und darüber bin ich froh, beispielsweise welche Abteilungen umziehen und auch kamen neue Informationen über das Wildsche Haus hinzu, dass es dort allenfalls noch Potenzial gäbe. Ich habe jedoch den Eindruck, dass der Grund für die Interpellation missverstanden wurde. Ich habe in der Einleitung begründet, weshalb ich diese Fragen stelle, vor allem in Bezug auf die Nutzung von Sitzungsräumlichkeiten hier im Grossen Rat durch Fraktionen und Parteien. Nämlich ist es zurzeit so, dass wir in der Praxis als Fraktionen keine Sitzungsräume buchen können, auch nicht an Grossratstagen. Dies ist einschränkend für die parlamentarische Arbeit, auch Untergruppen aus dem Grossen Rat und Interessensgruppen, die sich bilden, können keine Sitzungsräume buchen. Und das macht natürlich die Praxis schwierig, wenn man zum Beispiel als Fraktion eine Stunde vor Beginn der Grossratsitzung noch Absprachen treffen möchte oder wenn eine der zahlreichen Untergruppen eine Stunde über Mittag ein Zimmer buchen möchte.

Wir als Fraktion haben schon diverse Sitzungen in den Räumlichkeiten hier abgehalten, jedoch immer mit der Ungewissheit, ob wir ein freies Sitzungszimmer finden. Ich denke, die Personen hier im Saal der Legislative kennen die Situation, dass wir es als eine grosse Verbesserung für unsere politische Arbeit, egal von welchen Fraktionen aus, empfinden würden, wenn wir das machen könnten. Die Beantwortung zeigt, dass im Kanton Basel-Landschaft diese Möglichkeiten bestehen. Die Fraktionen halten Sitzungen ab in den Räumlichkeiten des Kantons, und zwar die meisten Fraktionen bis auf eine, und es wäre doch wünschenswert, wenn dies hätte mitgedacht werden können.

Auch ansonsten finde ich es schade, dass nicht mitgedacht wurde, dass hier ein Bedarf besteht und nicht geprüft wurde, ob man diesem Bedarf gerecht werden kann. Nun liegt der Bedarf auf dem Tisch. Ich habe ihn benannt in der Interpellation und ich habe doch die Hoffnung, dass jetzt in der Zukunft diesem Bedürfnis besser gerecht werden kann und auch allenfalls dass dann in dem dem Wildschen Haus, das ja eben als Sitzungsort organisiert wird und angedacht ist, geprüft wird, ob auch wir Fraktionen oder Parteien dort Sitzungsräume buchen können, damit wir unsere parteiübergreifende, fraktionsübergreifende aber auch parteiinterne, fraktionsinterne parlamentarische Arbeit besser organisieren können.

Nichtsdestotrotz bedanke ich mich beim Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

Traktandum 46., Interpellation Nr 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache. Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

46. Interpellation Nr. 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache, Schreiben des RR

[11.06.25 17:19:24, 25.5229.01]

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Zu Beginn möchte ich meinen grossen Dank aussprechen gegenüber den Fachpersonen, welche bei den Abstimmungen im Mai zum ersten Mal die Abstimmungsunterlagen in leichte Sprache übersetzt haben. Diese Arbeit



ist enorm wichtig für die gesellschaftliche Inklusion in allen Bereichen, insbesondere in den politischen Alltag, dort, wo Entscheidungen gefällt werden.

Gerade eben durften wir uns freuen, dass der Nationalrat zugestimmt hat, dass auch Menschen mit einer geistigen Behinderung in Zukunft politische Mitspracherechte erhalten sollen. Damit würden schweizweit in Zukunft etwa 16'000 weitere Personen neu an Abstimmungen teilnehmen und für diese Personen ist eine Abstimmungsinformation in leichter Sprache zentral. Sind wir aber ehrlich mit uns, es kann wohl davon ausgegangen werden, dass nicht nur Personen, die auf leichte Sprache angewiesen sind, dieses Angebot nutzen. Zeitdruck, komplexe Vorlagen, eine andere Muttersprache, die Gründe sind vielfältig, warum man auf ein solches Angebot zurückgreift.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass diese Übersetzungen in leichte Sprache wasserdicht sind und keine Missverständnisse vorliegen. Leider mussten wir beim Referendum zum Standortpaket eine andere Erfahrung machen. Argumente wurden missverständlich formuliert, falsch interpretiert oder übersetzt und damit das Bild der Argumentation verzerrt. Ich möchte hier wirklich niemandem einen Vorwurf machen, politisch komplexe Sachverhalte zu vereinfachen, ohne dabei an Qualität einzubüssen, das ist eine enorm anspruchsvolle Aufgabe. Aber gerade deshalb ist es umso wichtiger, dass die Texte in leichter Sprache noch einmal kritisch geprüft werden können, insbesondere von denjenigen Personen, die ihre Argumente am besten kennen, zum Beispiel die Referendums- und Initiativkomitees. Und hier bin ich leider mit der Beantwortung dieser Interpellation nicht zufrieden. Ich hatte beim lesen das Gefühl, man will meine Frage nicht richtig verstehen. Ich fragte nicht danach, wie die sprachliche Übersetzungsarbeit läuft. Hier bin ich voll und ganz von der Qualität und Wichtigkeit der geleisteten Arbeit überzeugt. Ich fragte, inwiefern politischen Missverständnissen bei einer so starken Vereinfachung vorgebeugt werden können, und dazu habe ich leider nicht wirklich eine Antwort erhalten. Und wenn das einzige Argument der hohe Zeitdruck ist, dann bitte ich Sie, geben Sie den Initiativ- und Referendumskomitees mehr Zeit von der Einreichung der Initiative bis zum Urnengang. Gerade für zivilgesellschaftliche Komitees, die weder mit einem grossen Budget noch mit professionellen Kampagnenbüros noch mit starken Verbandspartnern operieren, sind Abstimmungskämpfe ein anspruchsvoller und nervenaufreibender Spagat zwischen Engagement, Familie und Lohnarbeit. Dabei sind es doch eigentlich genau diese basisdemokratischen Bürger:inneninitiativen, auf die wir in der Schweizer direkten Demokratie doch so stolz sind.

Die Abstimmungsunterlagen in leichter Sprache sind gekommen, um zu bleiben, und das ist gut so. Aber behalten wir einen hohen Anspruch und prüfen nicht nur sprachlich, sondern auch politisch. Das ist ja eigentlich der springende Punkt an der ganzen Sache.

Ich hoffe sehr, geschätzter Regierungspräsident Conradin Cramer, dass Sie nochmals nach Lösungen suchen, ob nicht doch die Initiativkomitees einen kritischen Blick darauf werfen können oder ob allenfalls politikwissenschaftliche Kompetenzen in der Prüfgruppe verankert werden könnten, um Fehler wie passiert beim Standortpaket in Zukunft zu verhindern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Schluss der 19. Sitzung

17:23 Uhr